

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALRAT
NR. 43 · 01. OKTOBER 2007 · 1,- EURO

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



**DIESE GRENZE WURDE AUFGEHOBEN, DAMIT WIR GEMEINSAM
GEGEN ANDERE LÄNDER IN DEN KRIEG ZIEHEN**

Editorial & Inhalt

¡Adelante compañeros!

wir gehen mit der Nummer 43 in die nächste Runde unseres Infoblattes. Viel ist seit Nr. 42 passiert: Im Mai unterstützte die FDJ den Jugendkongreß "Notstand der Republik", dessen Ergebnisse nun in einer kürzlich erschienenen Broschüre nachzulesen sind (kann und sollte man bei uns ordern – siehe Rückseite). Im Juni ging es außerdem in den Endspurt unserer Delegationsvorbereitung für die Reise nach Kuba. Das zweite Vorbereitungswochenende nutzten wir, um uns mit der Geschichte der kubanischen Revolution auseinander zu setzen. Warum sich die gute Vorbereitung ausgezahlt hat und dass die kubanischen Genossen uns ein mehr als hochkarätiges Programm für unsere vierzehn Tage in Kuba organisiert haben könnt, könnt Ihr ab Seite 18 nachlesen.

Inhalt:

Antifacamp 2007 in Weimar.....	3
Der Notstand der Republik in Heiligendamm.....	4
In jedem Rathaus nistet sich ab sofort die Bundeswehr ein.....	7
Fragen eines fernsehenden Arbeiters.....	8
Seit dem 13. August 2007 wird bei Birthlers wieder zurückgeschossen.	9
Entschädigung und Wiedergutmachung für Nazis.....	11
An die streikenden Kollegen der Telekom.....	14
Impressum.....	14
Wie antisemitisch war die DDR?....	15
Dokumentiert: Daniela Dahn in Freitag, 20.7.2007: „Tragödien sind nicht zu Ende, wenn der Vorhang fällt: WIE ANTISEMITISCH WAR DIE DDR?.....	16
Delegation der FDJ in Kuba: Vierzehn Tage in einer besseren Welt..	18
Vive la Résistance! Zeltlager in Frankreich.....	22

Die Ereignisse beim G8-Gipfel in den ersten Junitagen waren ja schon Monate zuvor immer wieder Topthema in der deutschen Presse. Die Bourgeoisie hatte eingeladen, ihren imperialistischen Konkurrenten, der deutschen wie auch der internationalen Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass sie gerüstet ist, für den Ernstfall. Dass der herrschenden Klasse bei der Umstrukturierung ihres Gewaltenapparates selbst die gesetzlichen Vorgaben aus dem Grundgesetz nix wert sind, hat sie zweifelsfrei bewiesen. Entweder sie versucht, das Grundgesetz für ihre Zwecke zu ändern oder sie schießt halt einfach drauf. Fest steht: Heiligendamm war nur eine Übung - ein Ende der Maßnahmen der Regierenden ist nicht in Sicht. Aktuell sieht die Bundesregierung in einem Gesetzesentwurf vor, die verfassungswidrige Bundespolizei flächendeckend zu installieren und sie jeder demokratischen Kontrolle zu entziehen.¹ Passend dazu stellt sich der deutsche Kriegsminister vor laufende Kameras und macht klar, daß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Abschluß ziviler Flugzeuge ihn einen Dreck interessiert, genauso wie etwaige meuternde Piloten - er hätte nämlich bereits eine Liste mit loyalen Leuten. Bei all dem entkam niemand der Sensationsmeldung zum 13.August, dass unsere Marianne Birthler schon wieder einen Schießbefehl gefunden hat. In Diskussionen auf der Straße, in Schule, Uni und Betrieb begegnet uns immer wieder das Argument, der Sozialismus sei als gesellschaftliches Modell gescheitert / ineffizient / unrentabel / gegen die „menschliche Natur“ und eine unwiederbringlich tote Idee - ihr kennt das alles. Erlaubt sei aber die Frage, warum die herrschende Klasse, jene DDR-Abwickler, einen derart penetranten Wert darauf legen, in unzähligen Kommissionen, Stiftungen und Veröffentlichungen eine angeblich tote Idee

noch töter zu reden. Warum geben sie Millionen und Abermillionen Euros nicht für die Stärkung der sozialen Lage der Bevölkerung, der Infrastruktur im annektierten Staat aus, sondern dafür, weiterhin ihre Lügen, Halb- und Unwahrheiten zu verbreiten? Unsere Auseinandersetzung mit der DDR, mit den Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus mit dem Kampf gegen die Muttermale der alten Gesellschaft, wie z.B. dem Antisemitismus müssen wir nicht mit den Aggressoren, Abwicklern und Annektierern führen. Warum lest Ihr auf den Seiten 9, 15 und 16. Nachlesen sollte man auch den Bericht der Freunde und Mitglieder der FDJ, die sich im August auf die Reise nach Frankreich machten. Die Jugendunterstützer der Aktion „Das Begräbnis oder die himmlischen Vier“ hatten eingeladen, sich mit der Geschichte des deutschen Imperialismus auseinanderzusetzen, auf den Spuren der Résistance-Kämpfer zu wandeln und vor Ort über die aktuellen Maßnahmen der großdeutschen Regierung aufzuklären - ihren Bericht darüber findet Ihr auf Seite 22. Zu guter Letzt: Was haben wir uns über die positive Resonanz gefreut, die unsere Plakate (kann man auch bei uns ordern) zum achten Mai hervorgerufen haben - die Genossen lobten, die Faschisten hingegen zerrissen sie. Deswegen gibt es gleich nochmal was zum in den Spint hängen - unser Titelmotiv frei nach John Heartfield als kleines DIN A3-Poster zum Aufklappen in der Mitte des Heftes. Darüber hinaus liegt dieser Ausgabe die Streitschrift der FDJ Berlin zum 58.Geburtstag der DDR bei - wir haben weder Kosten noch Mühen gescheut! Viel Spaß beim Lesen der aktuellen Ausgabe, wie immer freut sich die Redaktion natürlich über Lob, Anregungen, Kritik (und Geldgeschenke in kleinen, nicht nummerierten Scheinen).

Redaktion Fanfare
[FANFARE@FDJ.DE]

Fußnote:

¹http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_228/02.html

Antifacamp

vom 21.-29.07.07 in Weimar

Mittlerweile zum 19. Mal fand das Antifacamp in Weimar statt, zahlreich besucht durch verschiedene Gruppen und Einzelpersonen. Auch die FDJ war vertreten und arbeitete tatkräftig mit. Neben den Projekten Operationssaal 2, Bahndamm, Lesegruppe in der Stadt (und kleineren Projekten), versuchte dieses Camp die Bevölkerung mit Flugblättern und einer Spontandemo darüber zu informieren, wie die Gedenkstätte die Selbstbefreiung der Häftlinge verschleierte und den Häftlingen somit die Würde nimmt. Außerdem wurde bei vielen Veranstaltungen auf dem Campgelände die Gelegenheit ergriffen, den Besuchern der Gedenkstätte unsere Arbeit an den Projekten und dem politischen Kampf gegen den Faschismus näher zu bringen. Eine besonders informative Veranstaltung hatten wir mit Gert Schramm, einem ehemaligen Häftling von Buchenwald, der in uns die Erinnerung auffrischte, wie wichtig unsere Arbeit mit diesem Camp ist und wie noch wichtiger es ist, mit den aktuellen Kämpfen in der Bevölkerung für Klarheit im Kampf gegen den Faschismus zu werben. Die Kampagne der VVN/BdA mit ihrem NPD-Verbot ist so ein

Beispiel (www.npd-Verbot-jetzt.de). Die FDJ hatte dieses Jahr den „Notstand der Republik“ als Schwerpunkt. Es war ein gut besuchtes Seminar und wir konnten die Anwesenden über die aktuellen Entwicklungen in diesem Staat aufmerksam machen. In diesem Staat, dem Staat der Monopole und Großbankiers, der sich über die wenigen Rechte, die unser Volk noch hat, hinwegsetzt, wie z.B. unser Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung (Hartz IV) oder unser Demonstrationsrecht (G8), unsere immer weniger werdenden Rechte, also die wenigen, die schon beim Abschluss dieser Verfassung, das die sich Grundgesetz nannte, bestanden. Wir referierten über die Militarisierung der Gesellschaft, in der mittlerweile die Bundeswehr an jedem Arbeitsamt, in Schulen und auf Bürgerfesten zu finden ist. Noch ist ein Erwerbsloser nicht gezwungen, wenn ihn die Bourgeoisie keine Lohnarbeit verrichten lässt, zur Bundeswehr zu

gehen, um sich für die Interessen des Kapitals im Ausland abschlagen zu lassen und auf die Arbeiter anderer Länder zu schießen – noch. Es gibt Berichte von BMW, wo die Bundeswehr ganz offiziell mit den Lehrlingen des 1. Lehrjahres Kriegsspiele als Unterrichtsmethode spielt. Wo die Lehrlinge schon mit den Taktiken eines imperialistischen Landes vertraut gemacht werden sollen und spielerisch mit dem Krieg

sein sollte. War der Besuch des Papstes, die Fußball-WM eine Katastrophe? Dort ist Militär eingesetzt worden, während des G8-Gipfels wurde der größte Militäreinsatz nach der Annexion der DDR vollzogen, dort wurden weder der Bundestag, noch das Landesparlament über Umfang und Ausführung des Militärs informiert. Die ganzen Soldaten und Panzer, die die Herrschenden schickten, um dem Volk seine Meinungsfreiheit im Falle des Falles im Mund zu erstickern, hat Methode, denn dies geschah schon des Öfteren. Die Münchener Räterepublik und die Novemberrevolution wurden mit Hilfe des Militärs und faschistischer Freikorps niedergeschlagen. Natürlich kann dieser Bericht nur bruchstückhaft vermitteln, was so alles in diesen sieben Camp-Tagen passierte.



geübt werden soll. Jugendoffiziere der Bundeswehr gehen in den Schulen ein und aus und offerieren den Schülern die Vorteile Soldat zu sein. Noch haben sie die Wahl sich zu entscheiden, ob sie sich ihren Kapitalisten anbieten wollen, indem sie als chancenlose Arbeiter keine Ausbildung bekommen und für drei Euro arbeiten müssen (um mit Hartz-IV-Zuschuss auf Sozialhilfeniveau zu sein) oder in fremde Länder ziehen, um den Kapitalisten ihre Großmachtpläne zu erfüllen. Wir referierten über die Bundespolizei. Diese paramilitärische Einheit war schon gesetzeswidrig, als sie noch Bundesgrenzschutz hieß, doch als Bundespolizei ist sie gleich doppelt gesetzeswidrig. Die geltenden Gesetze, die sich die Herrschenden geschaffen haben, missachten sie nicht nur einfach sondern mehrfach, alles, um das Volk niederzuhalten, wenn es sich einmal wehren sollte. Die Bundeswehr wird im Inneren eingesetzt, obwohl dies laut Gesetz nur bei Katastrophen der Fall

Wer also noch mehr über alles das erfahren möchte, dem sei der entsprechende Internetauftritt nahegelegt: <http://www.buchenwald-camp.antifa.de>

Bernhard+Marina.

Die Aufklärung über die bestehenden Verhältnisse nahmen Jugendliche verschiedener Organisationen in die Hand und trafen sich Mitte Mai in Berlin, zum Jugendkongress gegen den Notstand der Republik. Dort wurde über die aktuelle Situation beraten und auch gleich die Notwendigkeit geschaffen dagegen vorzugehen. Der Aktionsausschuss Notstand der Republik brachte die Referate vom Jugendkongress in einer Broschüre heraus, die für 2€ auch bei uns haben ist. Am 3. November wird es drei Demonstrationen in Erfurt, Bremen und Regensburg geben, um gegen diesen Umbau des Staates vorzugehen. Mehr dazu auf der Rückseite dieser Ausgabe.

Der Notstand der Republik in Heiligendamm

Welcher Grund auch immer ausschlaggebend war, dass Tausende zu den Gegenaktivitäten gegen den G8-Gipfel gefahren sind, mit einer Sache war dort jedeR konfrontiert: einem Staatsapparat BRD, der bereits im Vorfeld der Proteste massiv versuchte, Gegenaktivitäten zu ersticken – ob durch Kriminalisierung, ob durch Repression, ob durch Verbote. In Heiligendamm und Umgebung wurde dies ungebrochen fortgesetzt: 16.000 Polizisten waren im Einsatz, ein eigens für den G8-Gipfel gegründeter Führungsstab der Bundespolizei befehligte an die 33.000 Bundespolizisten. Aber auch die Bundeswehr war vorbereitet und aktiv: mit 2.400 Soldaten, darunter über 600 Feldjägern. Mit Marine und U-Booten patrouillierte sie in der Ostsee, Spähpanzer wurden zur Überwachung der Proteste eingesetzt, und Tornados der Bundeswehr, die nun in Afghanistan fliegen, spähten die Protestcamps im Tiefflug auf nur 110m Höhe aus. Sechs Kreisverbindungskommandos (Rostock, Bad Doberan, Güstrow, Parchim, Stadt Neubrandenburg, Nordvorpommern) und das Landesverbindungskommando Mecklenburg-Vorpommern des neu eingerichteten Heimatschutzes waren aktiv.

Völlige Aufhebung der Gewaltenteilung

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und weiterer Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 16/5698-) im Bundestag vom 11. Juli wird deutlich:

Die Bundeswehr war mit Verbindungsoffizieren auf allen relevanten Ebenen in den für den Gipfel zahlreich aktivierten Polizeiorganisationen präsent. Die Gewaltenteilung zwischen Militär und Polizei wurde vollständig aufgehoben. Die Militarisierung der zivilen Hilfsorganisationen wurde vorangetrieben. Und der mittlerweile seit dem 1. Juli 2007 in allen Landkreisen neu aus

Reservisten aufgebaute Heimatschutz wurde erfolgreich in den größten Militär- und Polizeieinsatz auf dem Gebiet der annektierten DDR integriert. Ist dies allein schon bedrohlich genug, so wird aus der Antwort der Bundesregierung noch Schlimmeres klar.

„Ich glaube, es ist offensichtlich, dass wir – wie man auch in Afghanistan sieht – diese Fähigkeiten üben müssen.“

Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung, Bundespressekonferenz am 13. Juni 2007 zum Tornadoeinsatz in Heiligendamm.

Die Bundeswehr übernimmt die Initiative

Ein Großteil der Aktivitäten der Bundeswehr in Heiligendamm erfolgte offensichtlich entweder nur auf Absprachen mit der für den Gipfel zuständigen Polizeieinheit BOA Kavala bzw. gänzlich auf eigenes Betreiben der Bundeswehr unter zeitweiliger Ausschaltung sowohl des Kriegsministeriums als auch des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Gerade einmal 12 der 33 in der Antwort der Bundesregierung aufgelisteten Einsätze der Bundeswehr in Heiligendamm können sich wenigstens auf ein formales Amtshilfeersuchen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf Basis des Artikels 35 des Grundgesetzes stützen. (Das ändert natürlich nichts daran, dass hier mit schwerem Gerät der Krieg gegen das eigene Volk geübt wurde.)

Am 13. März 2007 beantragte das Land Mecklenburg-Vorpommern 2 Aufklärungsflüge. Was macht die Bundeswehr daraus?

Es „erfolgten Flüge zur Aufklärung aus der Luft am 15. Mai, 22. Mai, 30. Mai, 31. Mai, 4. Juni sowie am 5. Juni 2007. Darüber hinausgehend wurde am 3. Mai eine Mission zur Demonstration der Aufklärungsfähigkeiten des Recce-Tornado durchgeführt, die nicht von BAO Kavala beantragt worden war.



Insgesamt handelte es sich um sieben Missionen der Recce-Tornados an sieben Einsatztagen.“ (Bundestagsdrucksache 16/5698)

Durch das Verteidigungsministerium waren nur die Flüge am 15.5 und 22.5. als Amtshilfe genehmigt. Die anderen wurden ihm auch erst am 15. Juni bekannt. Doch damit nicht genug, die Bundeswehr gab nicht einfach die aufgenommenen Bilder an die Polizei, sondern, wie es in der Antwort der Bundesregierung so schön harmlos klingt:

„Ein Verbindungselement der Luftwaffe, bestehend aus zwei Stabsoffizieren, hat den gesamtverantwortlichen Polizeiführer in Sachen 'Sicherheit im Luftraum' direkt im Polizeistab der BAO Kavala unterstützt. Darüber hinaus wurde im Einsatzabschnitt Luft der Polizei ein identifiziertes Luftlagebild sowie Funkanbindung mit Fach- und Verbindungspersonal zur Verfügung gestellt.“ (Drucksache 16/5698)

Es wurde also ein „identifiziertes Lagebild“ übergeben. Das heißt, die Bundeswehr hatte die Bilder bereits auf





mögliche Gefahrenpotentiale hin analysiert und mit entsprechenden Empfehlungen gekennzeichnet. Die Bundeswehr beschränkte sich nicht nur darauf mögliche Erddepots zu kennzeichnen, wie es im Antrag auf Amtshilfe erbeten wurde, sondern kennzeichnete auch gleich mögliche Versammlungs- und Blockadeorte mit. Nach den Flügen der Bundeswehr war die Zahl der „Objekte mit besonderen Schutzmaßnahmen“ von vorher rund hundert auf 187 gestiegen. Dies hatte zur Folge, dass jedoch „mehr oder weniger der gesamte Norden unseres Landes mit 'gefährdeten Orten' belegt“ war, wie es der Datenschutzbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern in einem Bericht vor dem Innenausschuss des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern am 3. September feststellte. Das heißt, nicht nur innerhalb des eingezäunten Gebiets wurden die Grundrechte und die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung flächendeckend eingeschränkt bzw. ganz außer Kraft gesetzt, sondern auch außerhalb des Zauns. Somit waren die Menschen fortlaufend willkürlichen Polizeikontrollen ausgesetzt und wurden dabei ohne Anlass oftmals stundenlang festgehalten. Die Bundeswehr war daran nicht nur beteiligt, sondern hatte in weiten Teilen sogar die Initiative übernommen – ohne Kenntnis der Bundesregierung. Auch die Autorisierung für den Tiefflug über das Camp Redlich gab sich die Bundeswehr selbst.

Teile von Armee und Polizei verselbstständigten sich in Heiligendamm

Offensichtlich gibt es Teile der herrschenden Klasse, die auf das Militär setzen, um den Krieg nach außen im Kampf um die 1990 begonnene Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Räubern nach Innen gegen das eigene Volk zu sichern.

Bevor die Mehrheit der deutschen Monopole am 31. Januar 1933 die Macht endgültig an die Hitlerfaschisten übergaben, setzte eine Minderheit von ihnen zur Niederhaltung des eigenen Volks und zur Erfüllung ihrer Kriegsträume zur Revanche für die Niederlage im 1. Weltkrieg auf eine Militärdiktatur mit General Schleicher als Reichskanzler an der Spitze.

Und auch die Niederlage im Ersten Weltkrieg versuchten die Monopolisten von Siemens, Thyssen, Krupp und der Deutschen Bank durch die Militärdiktatur eines General Ludendorff so lange wie möglich hinauszuzögern.

Dass sie heute dabei nicht darauf warten werden, ob dazu das Grundgesetz geändert wird oder nicht, wurde in Heiligendamm auch klar.

Weil wir das sehen, weil wir keinen Krieg wollen, weil wir nicht weniger, sondern mehr Luft zum Atmen wollen – deshalb müssen wir aufstehen und diesem Notstand der Republik entgegenreten!

Wuide

Quellen:

- Informationsstelle Militarisierung: „Militarisierung bis zum Mückenschutz - Amtshilfe um Heiligendamm. Eine Analyse der Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage zum Einsatz der Bundeswehr anlässlich des G8-Gipfels“
- Bundestagsdrucksache 16/5698
- Ergänzende Stellungnahme des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung des Innenausschusses des Landtages M-V am 3. September 2007 zur Thematik: Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Heiligendamm
- Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz M-V vom Informationsbesuch bei der Sondereinheit Kavala. 25. Juni 2007

TSK/Mei/Org/Ber	Gerät	Anzahl
Marine	Fregatte Klasse 124	1
	Minenjagdboote	3
	Hafenschlepper	1
	Verbindungsboote	6
Heer	Mittlerer Transporthubschrauber	3+1 (Ersatzmaschine)
	Großraumrettungshubschrauber	1
	Spürpanzer Fuchs ABC Abw	2
	Flugfeldfeuerwehrgewagen	1
	Faltstraßengerät	4
	Luftraumüberwachungsradar	1
	Spähwagen (Fennek)	9+1
ZSan/Dst/Bw	Retranzszentrum leicht	1
	Verwundetendekontaminationseinrichtung	1
Luftwaffe	Eurofighter	4 Luftfahrzeuge (Lfr) (Sicherheit im Luftraum, temperatur zu Kernzeiten; zeitgleich nur 2 eingesetzt)
	F-4F Phantom	8 Lfr (Sicherheit im Luftraum, temperatur zu Kernzeiten; zeitgleich nur 2 eingesetzt)
	PA 200 Tornado	7 Missionen (14 Flüge)
	C-160 Transall	2 (Lufttransport in Bereitschaft)
	Bell UH-1D	1 (SAR-Dienst)

Schwarze Listen werden in Heiligendamm wieder erweitert

Es wurde vorgetragen, dass mit den Dateien Auskunftsdatei 'Störer' (lokale Datei der BAO KAVALA), PB 07 (verdeckte polizeiliche Registrierung) und Gewalttäter-links (INPOL-Anwendung) abgeglichen worden sei ... Aus datenschutzrechtlicher Sicht kann ich das jedoch nicht (mehr) beurteilen, da mir die einzelnen Datenbestände nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die Daten aus der Auskunftsdatei 'Störer' waren zum Zeitpunkt unseres dritten Kontrollbesuches am 20. Juni 2007 bereits gelöscht. Die Datenbestände der Dateien PB 07 und Gewalttäter-links, mit denen abgeglichen worden sein soll, sind mir ebenfalls nicht bekannt. ... Nur der Vollständigkeit halber möchte ich darauf hinweisen, dass ich den Vertretern der BAO KAVALA ausdrücklich anlässlich unseres 3. Informations- und Kontrollbesuches gesagt hatte, dass ich mir den Einsatz des AKLS (Automatisiertes Kennzeichenlesesystem) gern in der Einsatzphase vor Ort an den entsprechenden Autobahnabschnitten angesehen hätte. Dies wurde mir allerdings mit der Begründung verweigert, dass das in der heißen Einsatzphase nicht möglich sei. Dies hatte ich hingenommen im Hinblick darauf, dass das System zu einem späteren Zeitpunkt einer datenschutzrechtlichen Prüfung unterzogen werden kann. Das war dann wegen der zwischenzeitlich erfolgten Löschung

jedoch nicht möglich.“ (Ergänzende Stellungnahme des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung des Innenausschusses des Landtages M-V am 3. September 2007 zur Thematik: Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Heiligendamm)

Nein, heute im Jahr 2007 wird einem Landesbeauftragten für Datenschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern kein Einblick mehr gewährt in die schwarzen Listen für „Gefährder“, die sich die deutschen Polizeiorgane und Geheimdienste, diese Büttel der deutschen Monopole, anlegen. Und dass die Listen wirklich gelöscht sind, braucht man auch nicht glauben, denn so stellt der Landesbeauftragte in seinem Zwischenbericht von seinem Besuch bei der Sondereinheit Kavala für den G8-Gipfel am 25. Juni ja selbst fest:

„Zum G8-Gipfel wurde zusätzlich die Auskunftsdatei 'Störer' eingerichtet und die zum Zeitpunkt des Besuchs des amerikanischen Präsidenten im Jahr 2006 geschaffene Platzverweisdatei genutzt“. Und wieso sollte man die jetzt löschen, wenn man sie zuvor schon ein Jahr aufgehoben hat? Im Gegenteil, schließlich wurden in Heiligendamm in „der Zeit vom 2. April bis 9. Juni

2007 ... ca. 1.100 Platzverweise ausgesprochen und in der Platzverweisdatei erfasst“. Da sind sicher auch noch neue Namen dabei. Gleichzeitig wurden in der Gefangenenammelstelle mit „der polizeilichen Softwareanwendung GESA 2006 ... im Einsatzzeitraum insgesamt 1.112 Personen automatisiert erfasst. Diese Datei ist in sich abgeschlossen noch vorhanden.“

Und zusammengefasst werden diese Listen dann im polizeilichen Informationssystem INPOL. „Das ist ein elektronischer Datenverbund zwischen Bund und Ländern. Das Bundeskriminalamt ist die Zentralstelle dieses Verbundes. In INPOL werden polizeilich relevante



Angaben über Straftäter, Beschuldigte, Verdächtige, potenzielle Straftäter, aber auch von Kontakt- und Begleitpersonen, Zeugen, Hinweisgebern, Opfern und vermissten Personen gespeichert. INPOL besteht aus verschiedenen Dateien.“

Und im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin-Treptow können dann alle Polizeien, Geheimdienste und der Militärische Geheimdienst jederzeit darauf zugreifen. So wie im Reichssicherheitshauptamt alle Informationen über die Gegner des faschistischen Regimes zentral gesammelt wurden – damals aber noch wesentlich umständlicher auf Karten.

Wuide

Quellen:

- Ergänzende Stellungnahme des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung des Innenausschusses des Landtages M-V am 3. September 2007 zur Thematik: Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Heiligendamm)
- Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz M-V vom Informationsbesuch bei der Sondereinheit Kavala. 25. Juni 2007

G8 – Gipfel der Repression

- § 129a – Hausdurchsuchungen in Hamburg
- Masseningewahrsamnahmen in Heiligendamm
- Käfighaltung von Gefangenen in Rostock
- Illegaler Bundeswehreinsatz im Inneren

Spendet für die anstehende Antirepressionsarbeit!

**bundesweites
G8-Soli-Konto**
Rote Hilfe e.V.
Konto 191 100 462
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund
Stichwort: G8-Gipfel



Rote Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 32 55, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

solidarisieren – spenden – beitreten

In jedem Rathaus nistet sich ab sofort die Bundeswehr ein – Wir forschten in Thüringen nach

Ein Kriterium, woran man den Notstand der Republik festmachen kann, ist die verstärkte, offiziell so genannte „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“. Oder anders ausgedrückt – die Verstärkung der Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Die diesbezüglichen Aktivitäten sind vielgestaltig und sie wird mittlerweile bis auf die kommunale (städtische/kreisliche) Ebene durchgesetzt. Instrumente sind dabei die so genannten Kreisverbindungskommandos.

Wir haben versucht, dies beispielhaft in verschiedenen Städten Thüringens nachzuerforschen. Als Aufhänger diente uns dieser Nachrichtenbeitrag von Radio Lotte, Weimar, vom 15. Juni 2007:

„Die regionalen Bundeswehr-Beauftragten sind am Vormittag in der Erfurter Löberfeldkaserne in ihre Ämter eingeführt worden. Sie leiten ab sofort in den Landkreisen und kreisfreien Städten die so genannten ‚zivilmilitärischen Einsatzstäbe‘. Die sollen in schweren Unglücks- oder Katastrophenfällen die Krisenstäbe in den Städten enger mit der Bundeswehr verbinden. Die einzelnen Verbindungskommandos bestehen jeweils aus zwölf Bundeswehr-Reservisten. Die Leitung des Weimarer Kommandos übernimmt der Verwaltungsrichter und Oberstleutnant der Reserve Michael Hasenbeck. Im Landkreis wird der Weimarer Unternehmensberater und Reserve-Major Michael Bahr Bundeswehr-Beauftragter.“

Wir griffen die Anregung auf, bei den Stadtratsfraktionen der PDS anzufragen. Grundlage war dabei folgender Fragespiegel:

- # Sind diese Kreisverbindungskommandos bereits „installiert“?
 - # Ist bekannt, wer personell dahinter steckt?
 - # Wo ist der Standort, welche organisationstechnischen Infos (Sprechzeiten, E-Mail-Kontakt ...) gibt es zu Kreisverbindungskommandos?
 - # Wer hat die Entscheidung getroffen, sie zu installieren?
 - # Sind Aufwandsentschädigungen bekannt?
 - # Haben bereits Übungen stattgefunden, wo die Kreisverbindungskommandos einbezogen wurden?
- Zugegeben, wir haben noch nicht von allen Angeschriebenen eine Rückant-

wort erhalten. Aber die, die antworteten, haben unseren Fragespiegel für eine offizielle Anfrage genutzt. So zum Beispiel in Weimar: Ohne Übertreibung kann man diese Stadt als Musterbeispiel – im negativen Sinne – für die „neue Qualität“ der zivilmilitärischen Zusammenarbeit nennen. Der dortige Verbindungsoffizier ist nämlich im Zivilberuf Richter am Verwaltungsgericht und zudem Stadtrat.

Wie gesagt, Anfragen über diese parlamentarische Ebene waren nur eine Art der Herangehensweise. Mit solcher Art Anfragen kann man aber durchaus den momentanen Zustand entlarven (gar nicht zu reden davon, dass man damit gleichzeitig für diese Problematik sensibilisieren kann). Und egal wie die entsprechende Antwort ausfällt, es werden immer zwei Seiten der gleichen Medaille deutlich: Entweder die offiziellen kommunalen Verantwortlichen wissen tatsächlich nichts, was bedeutet, die Bundeswehr hat es mittlerweile nicht mal mehr nötig, diese „Verantwortlichen“ ins Bild zu setzen und schafft somit vollendete Tatsachen. Die andere Seite: Besagte Verantwortliche wollen darüber keine Auskünfte geben, was politisch ebenso problematisch ist.

Wir haben jedenfalls auch die Möglichkeit genutzt, mit den Militärs direkt ins Gespräch zu kommen. Dabei gab der Verbindungsoffizier vom Kreis Gotha folgendes zum Besten:

0. Regulär sitzt die Bundeswehr neuerdings in den Krisenstäben der Landkreise, die unter Leitung des Landrats bisher nur mit Vertretern der zivilen Hilfsorganisationen und Behörden bestanden. Außerhalb dessen ist der Kontakt zwischen Bundeswehr und zivilen Hilfsorganisationen immer nur informell und darf offiziell nur in den Krisenstäben erfolgen.

1. Alle bisherigen Einsätze der Bundeswehr im Inneren seien auf dem Wege der Amtshilfe verlaufen und bedürften keiner weiteren Rechtsgrundlage.

2. Offiziere der Bezirks- und Kreisverbindungskommandos sind direkt vom Landeskommandanten und vom CDU-Innenminister ernannt. Die Technik, Ausrüstung und das Personal (Reservisten) der neuen Strukturen im Inland werden von der Bundeswehr zur Verfügung gestellt, die Räumlichkeiten werden unmittelbar vom Landrat/Oberbürgermeister, der im direktem Auftrag des Landesinnenministers handelt, kostenlos zur Verfügung gestellt (ohne Zustimmung der kommunalen Parlamente oder Ähnlichem).

3. All diese Maßnahmen der Militarisierung der Gesellschaft seien „Zivilschutz“. Dies wiederum sei „hoheitliche Aufgabe“ und bedürfe somit keiner parlamentarischen Zustimmung. „Hoheitliche Aufgaben sind solche, die ein öffentliches Gemeinwesen (Staat, Gemeinde oder sonstige Körperschaft) kraft öffentlichen Rechts zu erfüllen hat“.¹ Dies bedeutet aber, dass hoheitliche Aufgaben also eine gesetzliche Grundlage haben müssten, was die neuen Bundeswehrstrukturen nicht haben, die somit illegal sind.

Diese Erkenntnisse gilt es öffentlich zu machen, verdeutlichen sie doch, wie weit die Militarisierung der deutschen Gesellschaft vorangeschritten ist. Die Demo „Jugend gegen den Notstand der Republik“ am 3. November 2007 sowie die Mobilisierung im Vorfeld und die Nachbereitung werden wir dafür nutzen. Also dann, wir sehen uns am 3. November in Erfurt, in Bremen, in Regensburg.

Theresa + Marina

Fußnoten:

¹ http://www.justiz.nrw.de/BS/rechta_z/H/

Fragen eines fernsehenden Arbeiters

Rede von Ringo Ehlert vor dem Thälmann-Denkmal in Berlin, 18. August 2007

Der größte bundesdeutsche Musik-TV-Sender bringt zur Zeit – und das rund um die Uhr – diesen schönen Song, den die US-amerikanische Popsängerin Pink geschrieben hat, und sie singt ihn gegen die Bushregierung und deren Kriegskurs. Eine starke Stimme, eindringliche Töne für den Frieden mitten im bundesdeutschen Musik-TV, und sooft das Lied auch wiederholt wird, der bundesdeutsche Moderator ist voll des Lobes für den friedensliebenden US-amerikanischen Popstar Pink.

Warum aber singt bei Viva niemand über die Bundesregierungen, es wäre gleich über welche, da jede auf Kriegskurs war und ist, jede, seit Zusammenschiebung der BRD. Warum kein Musikvideo dazu, mit Bildern der Bundeswehrobomber über Belgrad bis Afghanistan? Es gibt genug starke Stimmen auf eindringlichen Tönen, die von diesem Land singen, in dem die Kanonen blühen. Warum ist und war zu keiner Zeit Platz in bundesdeutschen Massenmedien für Friedensliebende wie Ernst Busch und Franz Josef Degenhardt? Warum? Wo ist der Unterschied?

Sonntags zur besten Sendezeit berichten bundesdeutsche Reporter im bundesdeutschen Nachrichten-TV von einem Deserteur, einem Verweigerer der US-Army. Sie berichten voller Mitgefühl, Respekt und Verständnis von seiner antimilitaristischen Gesinnung. Sie schwärmen von ihm, diesem, wie sie sagen: friedensliebenden Gegner des US-Militärs. Und sie zeigen ihn und seine Schwierigkeiten mit den Gerichten und der Polizei in den USA. Und bundesdeutsche Reporter wünschen dem amerikanischen Kriegsdienstverweigerer viel Glück, und daß es ihm hoffentlich Viele gleich tun, wegen des Friedens, sagen sie.

Warum jedoch berichten bundesdeutsche Reporter im bundesdeutschen Nachrichtenfernsehen nie von den Deserteuren, den totalen Kriegsdienstverweigerern, die gegen die Bundes-

wehr stehen? Warum wünscht ihnen kein bundesdeutsches Fernsehmagazin Glück? Warum gelten die Deserteure hier, in der BRD, nie als friedensliebend, sondern immer als Vaterlandsverräter? Vaterlandsverräter, die keine Öffentlichkeit verdienen. Warum stehen diese Deserteure hier nicht zur Debatte, sondern auf den Fahndungslisten der Feldjäger und der bundesdeutschen Polizei? Warum bekommen sie keinen Gruß, sondern hohe Strafen vor den bundesdeutschen Gerichten? Dort stehen sie vor einer deutschen Gerichtsbarkeit, die nie eine Entnazifizierung erfahren hat. Sie stehen dort neben den Wehrmachtsdeserteuren, die heute weiterhin kriminalisiert werden. Warum? Wo ist der Unterschied?

Seit einem Junitag im Jahre 1953 berichtet das bundesdeutsche Fernsehen voller Bewunderung und Anteilnahme für einen Berliner Arbeiterstreik. Seit 54 Jahren füllt gleich einer Heldengeschichte dieser Streik der Ostberliner Bauarbeiter unzählige bundesdeutsche Dokumentar- und Spielfilme. Jahrestage werden zu seiner Würdigung begangen wie Staatsfeiertage. Sogar eine Straße trägt den Namen des 17. Juni. Voller Hingabe und Verständnis machen sich das bundesdeutsche Fernsehen und all die anderen stark für die Sache der Arbeiter von Ostberlin, für ihren Streik vom 17. Juni 1953.

Warum aber erfahren wir von den anderen Streiks nichts im bundesdeutschen Fernsehen? Warum erfahren wir nichts von den vielen anderen Arbeitskämpfen der Berliner Arbeiter? Warum zeigt man darüber nichts in Dokumentarfilmen und TV-Magazinen? Warum sagt man uns im Fernsehen, daß die streikenden Berliner Arbeiter von 1953 Helden, und die streikenden Berliner Arbeiter 2007 „Un- und Ausverschämte“ mit „überzogenen Forderungen“ sind, die nur der „Volkswirtschaft schaden“? Warum erzählt man uns, daß diese ausverschämten Berliner Lokführer so unverschämt seien, daß sie verboten werden müssen?

Warum kommt der eine Streik aufs Podest und der andere hinter Gitter? Warum wird nicht nach dem verbotenen Lokführerstreik 2007 eine Straße und ein Buch benannt? Warum? Wo ist der Unterschied?

So viele Berichte.

So viele Fragen.

Sicher ist jedoch:

Der deutsche Imperialismus ist nicht friedlicher geworden, nicht weniger militaristisch, nicht weniger rassistisch, nicht weniger antisemitisch. Er vertritt weder die Interessen der Arbeiter der BRD, noch vertritt er die Interessen der Arbeiter der annektierten DDR. Er vertritt ausschließlich seine eigenen Interessen. Die Interessen des deutschen Monopolkapitals: Steigerung der Profitrate, Ausschaltung der Konkurrenz. Je nach Marktlage in Deckung dieser Konkurrenz, je nach Marktlage im schärfsten Widerspruch zu ihr, je nach Marktlage, wenn es sein muß, auch wieder auf Schlachtfeldern und in Gaskammern. Es gilt daher, dieses Vaterland der Ausbeuter und Kriegsherren zu verraten, ihm frontal zu begegnen und in den Rücken zu fallen, jederzeit. Im Falle eines imperialistischen Krieges gilt es, die Waffen in die richtige Richtung zu richten. Gegen diesen Staat auszurichten gibt's für die Arbeiter viel. Zu verteidigen gibt es für die Arbeiter in diesem Staat nichts.

Propaganda:

„GERMANS GO HOME!“

Aufkleber 12,7 x 10 cm ·

wetterfest

15 ct/stück · 10 Stück=100 ct



Fanfare-Zeitung Nr. 40

Erschienen 01. Oktober 2006

32 Seiten · 100 ct/stück

Beides zu beziehen über

Fanfare@FDJ.de

Wenn es auch nur eine mittel-schwere Blamage¹ war, welche sich Marianne & Co. mit ihrem pünktlichen "Schießbefehl" eingefahren haben, so war es doch ein Silberstreif am Horizont für die in letzter Zeit aus Mangel an öffentlichem Interesse und Einfältigkeit so unschön ins Stocken geratene Abrechnung mit der DDR und die in Abwicklung befindliche marode B.-Behörde.

Nicht dass man für die Aburteilung weiterer DDR-Bürger einen "Schießbefehl" bräuchte, das ging die Jahre auch ganz gut ohne. Die Leute aufgrund eines "Befehls", den noch nie einer gesehen hat, in den Knast zu jagen, war und ist für die bundesdeutsche Klassenjustiz noch immer die leichteste Übung gewesen. Nein, es geht der BRD natürlich weder um den "Schießbefehl" noch um "Moral und Trauer" – da haben schlechtere Schauspieler schon besser geheuchelt. Weitaus mehr als die Birthler-Behörde und ihr Drang sich zum Obst zu machen, interessiert die Auseinandersetzung mit der Thematik "Schießbefehl" in den eigenen Reihen.

Keiner wird bestreiten, dass die herrschende Klasse hierzulande in dem gleichen Maße, wie sie sich über Armee, Geheimdienst, Polizei der DDR etc. das Maul zerreißt - sich über ihren zweifellos prächtig aus- und aufgebauten Überwachungsstaat BRD konsequent ausschweigt.

Seien es die gegen die Bestimmungen der Alliierten und des Bundesverfassungsschutzgesetzes verstoßende Formatierung des BGS zur „Bundespolizei“, die Zusammenarbeit von Polizei, Geheimdiensten und Militär (GTAZ) oder die Führung von „Anti-Terror- und Schülerdateien“, die Registrierung von vierzig Millionen Menschen über die „Jobcard“ im Zuge der Hartz-Gesetze oder die Zentralisierung der Meldeämter, seien es geplante „Volkszählungen“, neue Zolldienstfahndungsgesetze, der Zugriff auf alle Telekommunikationsdaten oder Onlinedurchsuchungen und die Aufhebung der Unschuldsvermutung oder, oder, oder.²

Was davon überhaupt an die Öffentlichkeit kommt, interessiert nicht und wird gerechtfertigt, dass sich die Balken biegen. „Bürgerrechtsbewegte“ bewegt das ebenso wenig wie Hubertus und andere Knaben. Die deutschen Kapi-

Befehl auf Befehl

Seit dem 13. August 2007 wird bei Birthlers wieder zurückgeschossen.
Warum man trotzdem den Kopf hochnimmt und nicht die Hände!

talisten machen offensichtlich einen unüberbrückbaren Unterschied zwischen Grenze und Grenze, zwischen Armee und Armee, zwischen Waffengebrauch und Waffengebrauch, zwischen Erschossenen und Erschossenen, zwischen Abhören und Abhören. Die deutsche Bourgeoisie stellt offensichtlich nicht die Frage, OB geschossen oder überwacht wird oder nicht. Sondern VON WEM. Denn sie weiß nur zu gut um den Unterschied zwischen BND und MfS, zwischen Bundeswehr und NVA, zwischen Bundes- und Volkspolizei. Sie weiß um diesen Widerspruch, der ein antagonistischer ist. So ist nicht nur im Hinblick auf das Schießen und Abhören für die Reaktion nur die eine Frage entscheidend: Welcher Klasse nützen sie?



Dies sollte auch unsere entscheidende Frage sein! Ist sie es?

Hört und liest man Manches von Manchen, überwiegt Zweifel zuweilen. Erklärungsmuster à la "die anderen sollen mal Ruhe geben mit dem Schießbefehl, sind ja selber nicht besser, schießen ja auch ..." machen die Runde. Andere versuchen sich an der Ehrenrettung der Genossen mit Verweis auf die "höhere Anzahl" der Toten an anderen Grenzen, z.B. der zwischen USA und Mexiko. Auch der Verweis auf die an der "Mauer" ermordeten Grenzsoldaten der DDR klärt, wenn somit auch die Heuchelei der BRD um die Mauerto-

ten entlarvt wird, die Sache in keiner Weise. Genannte Argumentationsmuster tragen bei aller Absicht immer den Beigeschmack einer die Klassenfrage verwischenden Gleichsetzung. Einer Gleichsetzung der bewaffneten Organe der sozialistischen Staaten mit denen der imperialistischen. So braucht es letztlich keinen wundern, wenn ganz besonders findige Zeitgenossen "kämpferisch" unter das Konterfei Wolfgang Schäubles die geistreiche Parole "Stasi 2.0" setzten.

Das geht anders. Gehen wir zurück zum Grundsätzlichen!

„Geschaffen wurde das Ministerium in einer Periode tiefgreifender Umgestaltungen der Eigentums- und anderer gesellschaftlicher Verhältnisse, die schwerlich ohne eine 'revolutionäre Diktatur' (Marx) denkbar gewesen wären. Hinzukam, dass die sowjetische Besatzungszone und die DDR über 45 Jahre hinweg unter den Bedingungen eines tatsächlichen Ausnahmezustandes existierten. Dieser hatte seine Grundlage in der seit Beginn des Kalten Krieges von den Regierenden in Bonn verfochtenen Politik der 'Befreiung' der DDR, die die Legitimität der DDR als Staat leugnete. Demokratisierung war unter diesen Bedingungen sicherlich in besonderem Maße schwierig. Leider gelang es nicht, diese Schwierigkeiten zu meistern. Das hatte seine Ursachen in der Notwendigkeit, sich permanent offenen und verdeckten Angriffen von außen und innen – des Bonner Alleinvertretungsanspruches (Hallstein-Doktrin), der Spionage- und Agententätigkeit, der Sabotage, des Handelskrieges, der organisierten Abwerbung, der Banden- und Wirtschaftskriminalität – zu erwehren.“³

Überwachung und Bewachung, Repression bis zum Gebrauch der Schusswaffe sind keine vertrauensschaffenden Maßnahmen, und auf Vertrauen konnte die Regierung der DDR angesichts ei-

nes Volkes, das bis 5 nach 12 in seiner Mehrheit mit dem deutschen Faschismus marschierte, ohnehin nicht bauen, was der 17. Juni 1953 schockierend aufzeigte. Dies und die aggressive Außen- und Innenpolitik der BRD prägten die Schärfe von Maßnahmen und Tätigkeiten des MfS, der NVA, der Grenztruppen.

Das Problem hier war und ist also der deutsche Imperialismus. Die erstaunliche Tatsache, dass sich die ganze Welt genötigt sah diesen Imperialismus in die Knie zu zwingen, selbst über erbitterteste Widersprüche hinweg, gibt Zeugnis von der Größe des Problems. Die staatlichen Organe wie BND, Bundeswehr und andere waren und sind Teilmenge dieses Problems.

Nach dem Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über Nazideutschland übergab man den Deutschen mit dem Potsdamer Abkommen den Auftrag das Problem in den Griff zu bekommen. Dass dieses Abkommen wenigstens im Osten ungesetzt werden konnte, ist in erste Linie der Roten Armee zu verdanken. Doch nach der Spaltung Deutschlands durch den Westen, ging es in erster Linie darum einen lebens- und überlebensfähigen, sprich wehrhaften zweiten deutschen Staat, ein effektivstes Korrektiv zur BRD zu schaffen. Dies war in diesen Zusammenhängen und Sachzwängen des Kalten Krieges (der ein heißer war) die beste, weil einzig machbare Lösung.

Ohne eine schlagkräftige Armee und ohne schlagkräftige Sicherheitsorgane hätte es die DDR, hätte es den Garanten für die Forderungen der vom deutschen Faschismus überfallenen Völker Europas nicht einmal zwischen Elbe und Oder gegeben. Die DDR und alles, was sie am Leben erhielt, vom Arbeiter am Kampfplatz Arbeitsplatz bis zum Grenzsoldaten hinter einer geladenen Waffe, waren Teilmenge der Lösung des Problems!

So wie sich dieses Problem und seine Lösung gegenüber stehen, stehen sich BRD und DDR, stehen BND, Verfassungsschutz & Co. dem Ministerium für Staatssicherheit gegenüber. Allein ein Blick auf die Herkunft der Gründungsmitglieder dieser beiden grundverschiedenen bewaffneten Organe zweier grundverschiedener Staaten

zeigt auf, wie unüberbrückbar dieser Widerspruch ist. In gleicher überwiegender Mehrheit, wie die Mitarbeiter des MfS der ersten Stunde aus dem antifaschistischen Widerstand kamen, wurzelte die Mehrheit der Gründungsmitglieder des BND (der im Juni 1946 aus der ehemaligen Wehrmachtsabteilung „Fremde Heere Ost“ hervorging und dessen Präsident im April 1956 der ehemalige Chef der Ostspionage der Wehrmacht Reinhard Gehlen wurde) im Führungspersonal des deutschen Faschismus.

Auf dieser Grundlage ist mit der Problematik der bewaffneten Organe der DDR, ist mit MfS und „Schießbefehl“ umzugehen. Nur auf dieser. Lösung und Problem schließen einander aus. Das macht die Lösung des Problems nicht automatisch unproblematisch – wer mag schon die „Stasi“. Auch in der DDR war der Dienst an der Waffe für den Staat unbeliebt, der Soldat, der Mitarbeiter des MfS unbeliebt, nicht gemocht. Doch von der „Moral“ und den vielen Geschichten vom gehassten Fahndienst bei der NVA bleibt letztlich eines:



Marianne B. - bald allein zu Haus?

Schwert und Schild der Verteidigung des realsozialistischen Staates und der Umsetzung des Potsdamer Abkommens waren diese Leute. Ob mit jenem Schwert und Schild, mit dem Andersdenkende zwar nicht enthauptet, aber vielleicht oft drangsaliert und verfolgt wurden, dem so verteidigungswerten Realsozialismus auch ein enormer Schaden zugefügt wurde, ist zu klären. Das, wie auch die Frage um den „Schießbefehl“, selbst wenn es ihn gegeben hat, haben wir unter uns, haben wir mit den Genossen der bewaffneten Organe der DDR zu klären. Sie werden

uns sagen, was unumgänglich und was Fehler war.

Den Herrschaften der BRD jedoch sei „ihr“ Gespräch mit uns darüber verwehrt!

Das wenigste in diesen lauten Tagen ist klar und stellt uns vor nur eine Entscheidung. Unser Verhältnis zu den Genossen der bewaffneten Verteidigungsorgane der DDR und zu den Staatsdienern der BRD in Verfassungsschutz, BND oder Bundeswehr jedoch ist eindeutig. Das eine sind jene, das andere sind unsere Leute. So klar verläuft die Grenze!

Ringo

Fußnoten:

¹ „Es handelt sich nicht um den Schießbefehl, sondern um eine Anweisung für Stasi-Aufpasser, die Grenzsoldaten kontrollieren und von der Flucht abhalten sollten.“

(Kommentar zum Schießbefehl, *Ostseezeitung*, 12.08.2007)

„Das Dokument wurde bereits vor zehn Jahren veröffentlicht. Es richtete sich an eine Einheit der Staatssicherheit an der Grenze, deren Größe bisher nicht bekannt ist. Insofern ist es nicht 'der' Schießbefehl. ... Das war vorschnell. Ich hätte mir gewünscht, dass man handwerklich sauberer gearbeitet hätte. Aus wissenschaftlicher Sicht wäre es ratsam gewesen, zunächst den Kontext des Dokuments zu erforschen, bevor man damit an die Öffentlichkeit geht.“

(„Frau BIRTHLER war vorschnell“, Potsdamer DDR-Forscher kritisiert Stellungnahme der Behörde zum Stasi-Dokument, *Märkische Allgemeine Zeitung*, 14.08.2007)

„Dass Frau BIRTHLER jetzt, wo es um die Existenz der Behörde geht, diesen angeblich neuen Fund präsentiert, um die Kompetenz der Behörde zu belegen, ist verständlich, ging aber nach hinten los, weil nicht einmal die Arbeit der eigenen Forscher bekannt ist.“

(„BIRTHLER-Behörde gerät immer stärker unter Druck“, Leiter der Forschungsgruppe SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Klaus Schroeder, *Spiegel Online*, 14.08.2007)

„Hinter den 'scharfen Attacken' auf die Behördenchefin stecke aber etwas anderes: 'Es geht auch um Konkurrenz, um Geld und moralisches Renommee.'“ (BIRTHLER-Behörde nicht leichtfertig kaputt machen – Hinter Attacken steckt Streit um Aufteilung des Aufarbeitungskuchen“, *Der Tagespiegel*, 18.08.2007)

² Weiteres dazu, sehr interessant geschrieben und belegt in der druckfrischen Broschüre „Jugendkongress: Notstand der Republik“, Hrg. Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, info@jugendkongress-NdR.de

³ Minderheitenvotum der PDS zum Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen“

Geschichtsrevisionismus à la Germany, 2007, die Zweite: Entschädigung und Wiedergutmachung für Nazis

So, nun ist also das lästige Kapitel der Entschädigung und Wiedergutmachung für die Opfer Nazideutschlands abgeschlossen (siehe Fanfare Nr.42), ein perfekt inszenierter Schlussstrich gezogen. Der Weg in die altbewährte Zukunft ist offen. Deutsche Vergangenheitsbewältigung schreibt die Totalitarismustheorie in ihr Gedenkstättenkonzept, mit einer Zusammenfassung aller Opfer aller „deutschen Diktaturen“ – der „braunen“ wie der „roten“. Aber das ist lang noch nicht alles. Während die Leitartikler und andere Denker darüber sinnieren, wie viel SED-Opferkult es in Hinblick auf das größte deutsche Verbrechen (oder die größte deutsche „Katastrophe“?) geben darf, wie viel Gewicht den „Gedenkstätten“ Hohenschönhausen, Sowjetischen Speziallagern in Buchenwald oder Sachsenhausen, Bautzen oder anderen gegenüber den faschistischen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern eingeräumt werden darf, währenddessen ist ein Gesetz für die Opferrente „Verfolgter des SED-Regimes“ längst beschlossen.

Wenngleich BILD und BZ noch lange darüber lamentierten, dass zu wenige SED-Opfer zu wenig „Ehrenrente“ erhielten, verabschiedete der Bundestag diesen Sommer das 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Dies sieht eine Pension für Personen vor, die in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren. Jedem mindestens sechs Monate Inhaftierten, der in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt ist, wird eine „Opferpension“ von monatlich 250 Euro gewährt. Grundlage dieses Gesetzes ist das sogenannte Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz, worin die „Opfer“ des „SED-Unrechtsstaats“ definiert werden nach Verurteilungen gemäß den Bestimmungen der DDR über u.a.:

- Staatsfeindliche Hetze (§ 106 Abs. 1 Nr. 1 bis 4, Abs. 2 und 3 des Strafgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1968 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1988, GBl. 1989 I Nr. 3 S. 33);
- Boykotthetze gemäß Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 (GBl. I Nr. 1 S. 5);
- oder nach den Verurteilungen aus den

Waldheimer Prozessen 1950, die „mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sind“.

Ein genauerer Blick in das Strafgesetzbuch der DDR und die Verfassung der DDR von 1949 lohnt sich allemal, um Aufschluss darüber zu erhalten, wer denn nun alles in den Genuß der 250 € im Monat kommen wird.

Nach § 106. Staatsfeindliche Hetze (Strafgesetzbuch), wurde u.a. mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft, „wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht“ oder selbiges vorbereitet und versucht.²

In Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 wurde folgendes festgelegt:

„Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt. Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich

Wes Geistes Kind die Vorsitzenden der „SED-Opfer-Gedenkstätten“ sind, zeigt die Auslobung des „Walter-Linse-Preises“ in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Berlin. 5.000 € sollen alle zwei Jahre vergeben werden, um „zur kritischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und dem System der politischen Justiz in der DDR anzuregen.“ ... [E]ine vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut herausgegebene Biografie ... [kommt] zum Schluss: ‚Walter Linse hat ... an der Arisierung der Chemnitzer Wirtschaft mitgewirkt, indem er Gutachten schrieb, externe Gutachter auswählte, die Betroffenen anhörte, sich mit anderen Behördenvertretern ins Benehmen setzte.‘ Seit September 1938 fiel die Arisierung innerhalb der IHK in Linses Zuständigkeitsbereich.“ (*Berliner Zeitung*, 25.07.2007)

gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“³

Als dritter Faktor erscheinen die sogenannten Waldheim-Prozesse im „Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz“. In diesen Strafverfahren wurden fast 3.500 Nazis vor Gericht gestellt. In den Verfahren wurden alliierte Besatzungsrechte angewendet, z.B. das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 und die Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12.10.1946. Straftatbestände waren Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen im engeren Sinne und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; die Angeklagten wurden in fünf Hauptgruppen unterteilt: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete. Fast 3.300 wurden zu bis zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt, das Gericht sprach außerdem 33 Todesurteile aus.⁴

Nirgendwo im bundesdeutschen Strafrehabilitierungsgesetz findet sich ein Vermerk, dass verurteilte Faschisten von den „Opferrenten“ ausgeschlossen wären – also sind auch sie bezugsberechtigt. Die BRD bleibt also ihrem alten Grundsatz als Rechtsnachfolger des „Dritten Reichs“ treu: Renten für alte und neue Nazis und ihre Angehörigen, während die wahren Opfer mit Handgeldern und viel zu später Rehabilitierung abgespeist werden. Überrascht?

Diana

Quellen:

¹ db03.bmgs.de/Gesetze/strehag01.htm

² [http://de.wikisource.org/wiki/Strafgesetzbuch_\(DDR\)](http://de.wikisource.org/wiki/Strafgesetzbuch_(DDR))

Kapitel 1: Verbrechen gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte

³ www.verfassungen.de/de/ddr/ddr49-i.htm

⁴ http://www.rote-hilfe.de/publikationen/die_rote_hilfe_zeitung/1998/2/siegerjustiz





**DIESE
GRENZE
WURDE
AUFGEHOBEN,
DAMIT WIR
GEMEINSAM
GEGEN
ANDERE
LÄNDER IN
DEN KRIEG
ZIEHEN!**

Berlin, 27. Mai 2007

An die streikenden Kollegen der Telekom

Wir jungen Leute haben keinen Arbeitsplatz bei der Telekom; viele von uns haben überhaupt keinen Arbeitsplatz. Manche sind immer noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz, gehen zur Schule oder studieren. Anscheinend haben wir also mit dem Streik bei der Telekom nichts zu tun; anscheinend ist dieser Streik allein Sache der Leute, die dort arbeiten. Ihr für Euch und wir für uns. Jeder für sich ganz alleine, gespalten in Betrieb, Branche, Lohn und Alter in Geschlecht, Hautfarbe und Nationalität, in Ost und West.

So haben sie uns gerne, die Herrschaften aus den Chefetagen nicht nur bei der Telekom! Da machen wir nicht mit: Euer Kampf gegen ein schlechteres Leben ist auch unsere Sache. Auch wenn der bundesdeutsche Blätterwald gegen Euch hetzt, die Berliner Zeitung Umfragen gegen Euch eröffnet: wir wissen, warum die Unternehmer jaulen, wenn ihnen mal einer auf den Schwanz tritt. Der Aufwand, den die Telekom betreibt, um Euren Streik zu brechen, selbst unter Bruch geltenden Rechts,

spricht Bände.

Was man mit Euch vorhat, plant man vielleicht auch schon mit uns. Und wenn man uns wie Euch das Fell über die Ohren ziehen will, dann müssen wir dagegen aufstehen, so wie Ihr es uns in diesen Tagen zeigt. Seid Euch sicher, Kollegen, es gibt an vielen Orten Leute, die Euch fest die Daumen drücken. In den Betrieben, auch in den Wartesälen der Arbeitsämter, ja sogar auf Schulhöfen und in Universitäten. Sie hören von Euch im Fernsehen und lesen von Euch in Zeitungen, und so wie wir es Euch hiermit sagen, sagen sie sich: Recht so, Kollegen, lasst Euch nicht jede Schweinerei gefallen, und wenn es sein muss, dann sprecht mit der einzigen Sprache, die die Herrschaften am Ruder wirklich verstehen – Streik! Ja, und selbst die Narren, die meinen, Ihr solltet froh sein, dass Ihr überhaupt noch Arbeit habt, die meinen, dass es “unabwendbares Schicksal” sei, von Jahr zu Jahr immer mehr zu schuften für immer weniger Geld, so wie man es mit Euch durchziehen will, werden ihren Irrtum nur bemerken, wenn immer wieder andere kämpfen. Sich nicht zufrieden geben mit dem Pfennig, sondern die

Mark fordern, so wie Ihr!

In Eurer zugespitzten Lage, Kollegen, wird dies vielleicht kein Trost, keine Hilfe sein. Wir würden gerne mehr für Euren Kampf tun. Gleich wie erfolgreich er sein wird, vergesst nicht: Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren! Deswegen ist es unnötig, Euch “Glück” zu wünschen, denn “Glück“ oder “Unglück” ist was für’s Lottospielen.

Was wir Euch jedoch vom ganzen Herzen wünschen, ist Kraft, Ausdauer und Solidarität! Unsere jedenfalls habt Ihr!

Eure

Freie Deutsche Jugend - Berlin

Impressum

Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend. Herausgeber ist der FDJ Zentralrat.

Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage.

Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber:

FDJ Zentralrat; E.i.S
V.i.S.d.P.: Ringo Ehlert
c/o FDJ Zentralrat
Karl Liebkecht Haus
Weydingerstr 14-16
10178 Berlin
Tel./Fax: 030-24 00 92 11

e-Mail: Fanfare@FDJ.de

Internet: www.FDJ.de

Spendenkonto:

Inhaber: FDJ

Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00

Konto Nr.: 55 83 82 20 05



FANFARE - ZEITUNG DER FDJ.
INFOBLATT + AKTIONEN + FAKTEN.

Im Abo 4 Hefte / Jahr für 5€

... Oder probelesen unter fanfare@fdj.de bzw postalisch:

Redaktion Fanfare

Karl-Liebkecht-Haus, Weydingerstr. 14-16; 10178 Berlin

„Denken und Handeln so einzurichten,
dass Auschwitz nicht sich wiederhole,
nichts Ähnliches geschehe.“

(T.W. Adorno, 1966: Negative Dialektik)

Nirgendwo anders als in Deutschland wurde der Antisemitismus zum Staatsziel Nr. 1 erklärt, nirgends ist er von einer geträumten „Volksgemeinschaft“ mit solch barbarischer Konsequenz zu einer „Endlösung“ getrieben worden. Die Shoah, die Vernichtung des europäischen Judentums ist bis jetzt einmalig, unvergleichlich, und es ist unbedingt ein Zustand herzustellen, in dem so etwas nicht mehr möglich ist!

Die unumgänglichen Etappen eines Weges zu solchem Zustand wurden 1945 in dem von den Befreiungsmächten – der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich – im Namen der vom deutschen Faschismus überfallenen Welt beschlossenen Potsdamer Abkommen wie folgt festgehalten:

– Entnazifizierung: die Vernichtung der NSDAP und aller Organisationen, Gliederungen, Basen und Rückzugsgebiete der deutschen Antisemiten, Rassisten, Revanchisten – des deutschen Faschismus. Negierung jeder nazistischen und militaristischen Propaganda

– Entmilitarisierung: völlige Abrüstung und Ausschaltung der gesamten deutschen Kriegsindustrie

– Entmonopolisierung des deutschen Wirtschaftslebens, „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, die sich besonders in Form von Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen Monopolvereinigungen verkörpert“

– Demokratisierung: „Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und Vorbereitung einer eventuellen friedlichen Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben“.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich nach der Spaltung Deutschlands durch die Außen- und Innenpolitik der Globkes und Adenauers, denen die Einordnung Deutschlands in einen Militärblock wichtiger war als die Einheit, die Deutsche Demokratische Republik zum Motor und Garant für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens, wenigstens zwischen Oder und Elbe. Hier wurde

Wie antisemitisch war die DDR?

Flugblatt der FDJ Berlin vor der Ausstellung „Antisemitismus in der DDR“

die wichtigste Basis der großdeutschen antisemitischen Ideologie, die NSDAP und ihr Umfeld, umfassend zerschlagen, nazistische Propaganda unter Strafe gestellt und mit einer konsequenten Reform des Bildungssystems unter Ausschluss sämtlicher Nazi-Lehrer in Schule und Universität die Grundlage entzogen.

Krupp, Thyssen, Siemens, Deutsche Bank etc., die deutsche Rüstungswirtschaft, die Monopolvereinigungen, wurden enteignet, entmachtet, verjagt; ihr Lebensnerv, die Lohnarbeit, abgeschafft und durch eine sozialistische Produktionsweise ersetzt. Auf breiter Basis durch alle Medien, Literatur, Theater, Kino, Fernsehen, in Hörsälen und Klassenzimmern wurde einem Volk, dem auf dem „deutschen Sonderweg durch die Geschichte“ in hundert Jahren beigebracht worden war, dass es was Besseres wäre und berufen, die Welt zu beherrschen bei immer „Treu und Redlichkeit“, Antifaschismus verabreicht, Antifaschismus verordnet. Die Antwort auf die Frage, wer aus antisemitisch Verhetzten ein bis an die Zähne bewaffnetes Millionenheer machte, für Profite auf die Menschheit jagte und den Antisemitismus als Kriegswaffe einsetzte, wurde Schulstoff in den Schulen der DDR.

So kam es, begleitet von Siegen und Niederlagen, zu einem Zustand, der noch viel zu wünschen übrig ließ, fehlerhaft war und in dem Wunder weiterhin nicht zu realisieren waren, der jedoch Auschwitz und Ähnliches unmöglich machte! Ein Zustand, der vom 8. Mai 1945 bis zum 3. Oktober 1990 dauerte und als die längste Friedensperiode Europas in die Geschichte eingeht und die bestmögliche Plattform für die Bekämpfung des deutschen Antisemitismus darstellte.

In der BRD verlief die Geschichte anders. Keiner der Punkte des Potsdamer Abkommens wurde je auch nur im bescheidensten Ansatz umgesetzt. Dieselben Geldgeber der Nazis kamen

in Amt, Würden und an die Hebel. Dieselben Faschisten wurden Bundeswehrgeneräle und bauten mit ihren alten Kameraden jene Armee auf, die wieder in aller Welt agiert. Derselbe verkommene Bildungsapparat lehrte weiter seinen Sumpf aus Antikommunismus und Großmannssucht und züchtete sich seinen Nachfolger. Die „Umgestaltung des politischen Lebens“ bestand darin, unter Adenauer mehr Naziminister in die Regierung zu holen als Hitler und nach dem Anschluss der DDR an die BRD mehr antifaschistische Bücher zu vernichten, als es die Nazis je taten, und besteht seitdem darin, in Lichtgeschwindigkeit das letzte Bisschen bürgerliche Freiheit einzureißen und neben unzähligen rechten Vereinigungen drei faschistische Parteien mit „Legalität“ und Geld zu versorgen. Und obwohl die Gefahr eines erneuten Auschwitz zur Zeit nicht besteht, sind die wesentlichen Grundlagen gegeben.

Jede Ausstellung, jedes Buch, jeder Film, jedes Hörspiel, jedes Gespräch, und sei es auch nur ein Flüstern, das sich den deutschen Antisemitismus in Ost oder West zum Thema macht und nicht auf der ersten Ausstellungstafel, der ersten Seite, in der ersten Szene, in den ersten Worten vom Weg zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens berichtet, wie ihn die DDR beschritten hat, und diesen sofort bedingungslos für die BRD einfordert, verbleibt bestenfalls in kritischer Begleitung und lässt die Verantwortlichen gewähren.

Das ist der FDJ Berlin zu wenig!

In der DDR gab es Antisemitismus. Und im Gefüge der sozialistischen Staaten wurde eine Politik gegenüber dem Staat Israel verfolgt, die es nach unserer Ansicht zu überprüfen gilt, wenn auch nicht mit „Gesprächspartnern“ wie der Bundesregierung oder anderen antikomunistischen Vereinen. Aber all das ist, wenn es um diesen kostbaren Zustand geht, der Auschwitz unmöglich macht, nicht das Wesentliche!

Tragödien sind nicht zu Ende, wenn der Vorhang fällt

WIE ANTISEMITISCH WAR DIE DDR?

Die aufklärerische Substanz im Osten war offensichtlich wirksamer als alle westdeutschen Versuche

Die *Freitag*-Debatte über das Thema die DDR und der Antisemitismus stößt weiter auf reges Interesse bei Lesern und Autoren. Zur Erinnerung: Für den Anstoß hatte Regina General in der Ausgabe 17/07 mit ihrem Artikel Worte sind manchmal wie Schiffe gesorgt. Sie wies den Vorwurf zurück, es habe im Osten keine tiefgründige Beschäftigung mit diesem Thema gegeben. Darauf reagierten zunächst der Regisseur Karsten Laske (*Freitag* 21/07) und der Politikwissenschaftler Harald Schmid (*Freitag* 23/07) mit teils polemischen Erwidern.

Der Leipziger Sozialwissenschaftler Thomas Ahbe vertrat im *Freitag* 25/07 die Auffassung, in der DDR sei der rassistische und biopolitische Kern der NS-Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung unterbewertet geblieben, er konstatierte aber zugleich, bei den Ostdeutschen gäbe es - verglichen mit den Westdeutschen - ein stärker ausgeprägtes Problembewusstsein bezüglich der NS-Diktatur und der daraus resultierenden historischen Verantwortung. Angesichts des exzessivsten Rassismus, den die Welt je erlebt hat, war es ausgeschlossen, dass sich nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in Teilen der deutschen Bevölkerung in Ost und West nicht ein latenter Antisemitismus erhalten hätte. Nachdem aber, wie Hannah Arendt befand, der Totalitarismus in Deutschland mit Hitlers Tod und in den realsozialistischen Staaten mit Stalins Tod vorbei war, stand vor beiden deutschen Regierungen die Aufgabe, diesem Erbe mit wirksamen Überwindungsstrategien entgegenzutreten.

Historiker und Publizisten haben bei der Suche nach den überzeugenderen Ansätzen die einmalige Chance, so etwas wie Zwillingsforschung betreiben zu können. Zwei (Landes)Hälften mit der selben (schuldbeladenen) Ausgangsposition schlagen zwei beinahe konträre Wege ein. Komparative Forschung - in anderen Disziplinen eine wissenschaftliche Selbstverständlichkeit. Nicht aber auf diesem Gebiet, wie ein jüngeres Beispiel belegen mag: Die Finanzierung für die Erforschung von Schändungen jüdischer Friedhöfe in ganz Deutschland, von der Weimarer Republik bis heute, sei leider nicht bewilligt worden, bedauerte Wolfgang Benz vom Zentrum für Antisemitismusforschung im März bei einer Veranstaltung im Berliner Centrum Judaicum. „Vielleicht will man sich mit so was Negativem nicht

beschäftigen“, spekulierte er ironisch. Um so dankbarer müsse man sein, dass die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wenigstens die Dokumentation von Monika Schmidt Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR¹ gefördert habe.

Wenn es um die DDR-Geschichtsschreibung geht, kann es bekanntlich gar nicht negativ genug sein, um staatliche Aufträge zu bekommen. Da aber Wahrheitsfindung immer positiv ist, bleibt das von der Autorin besorgte Zusammentragen von 85 Fällen von Schändungen jüdischer Friedhöfe in der SBZ/DDR auf vielleicht unvorhergesehene Weise verdienstvoll und aufschlussreich.

Die Geschichten sensibilisieren für das Bewusstsein, dass Tragödien nicht zu Ende sind, wenn der Vorhang fällt. Wenn es soviel mehr Tote als Lebende gibt - wer übernimmt ein würdiges Gedenken? Die sechs eher winzigen jüdischen Gemeinden der DDR waren hoffnungslos überfordert mit der Pflege ihrer fast 300 Friedhöfe. Und staatliche Stellen, ihrerseits überfordert, Wohnungen vor dem Verfall zu bewahren, verschlossen auf beschämende Weise die Augen vor Verwahrlosungen oder sich bedienenden Steinmetzen, die nahmen, worauf niemand mehr Anspruch erhob. So wurden viele der einst „guten Orte“ zu verwilderten Abenteuerspielplätzen, auf denen das Umstürzen von verwitterten, wackligen Steinen als Mutprobe galt. Oft wurden Kinder oder Jugendliche erwischt, bei denen das Versagen von Elternhaus und Schule durch nachträgliche Aussprachen wettgemacht werden sollte. In relativ wenigen Fällen wurden Hakenkreuzschmierereien oder antisemitische Parolen wie „Juden raus“ entdeckt. Nie ist auch nur ein Erwachsener als Täter ermittelt worden, ob beabsichtigt oder nicht, bleibt offen. Weitgehend unerwähnt blieb dieser Vandalismus in den DDR-Medien, in denen ja sowieso beinahe alles Unangenehme verschwiegen wurde. Und was auf mangelnde antifaschistische Gesinnung schließen ließ, erst recht. Wohlwissend schrieb die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig 1977 an den Rat der Stadt, als sie den Bau einer neuen Friedhofsmauer beantragte: „Wir wollen dem kapitalistischen Ausland keine Gelegenheit geben, Kritik an dem Aussehen unseres Friedhofes zu üben“. Die Gemeinden fürchteten bei Publizität wohl auch, Nachahmer erst

auf Ideen zu bringen.

In ihrem Buch behauptet Monika Schmidt nicht nur, dass ein Vergleich zu Friedhofsschändungen in Westdeutschland bisher nicht gezogen werden könne, sie hat auch den Vandalismus auf christlichen, kommunalen oder russischen Friedhöfen in der DDR ausgeblendet. Auch spart sie Angaben über staatliche Unterstützung aus. Erwähnt wird weder der Ministerratsbeschluss von 1977 über die Denkmalpflege auf jüdischen Friedhöfen, noch die jährliche Förderungssumme. DDR-Bücher über die Berliner Jüdischen Friedhöfe wurden nicht zur Kenntnis genommen. In der Diskussion erwies sich die Autorin auch als wenig sachkundig, wenn es um Geschichten ging, in denen sich Anwohner und Bürger für jüdische Friedhöfe engagiert hatten. Wie 1986 in einer Unterschriftensammlung gegen das erneute Aufkommen der seit über 100 Jahren bestehenden Straßenbaupläne auf einem der Stadt Berlin gehörenden, unbelegten Flurstück durch den Friedhof in Weißensee. Angeblich mit den Worten: Was der Kaiser den Juden nicht zugemutet hat, werden wir ihnen auch nicht zumuten, übergab Honecker der Gemeinde das Flurstück erstmalig zur eigenen Nutzung. Zuvor hatte die Stadt bereits für 2,5 Millionen Mark eine kilometerlange neue Friedhofsmauer mit Menora-Ornamentik gebaut.

Die Autorin verteidigte sich damit, ihr Forschungsauftrag habe sich eben nur auf die Schändungen bezogen. Dagegen ist nichts zu sagen, wenn eine Materialsammlung vorgelegt wird, die sich auf Grund mangelnder Kenntnisse im Umfeld vor verallgemeinernden Schlussfolgerungen hütet. Denn ein Denken jenseits gesellschaftlicher Zusammenhänge erfreut sich bei den Auftraggebern immer dann großer Beliebtheit, wenn man an absehbaren Ergebnissen interessiert ist. Dafür wird der Untersuchungsgegenstand solange segmentiert und aus störenden Kontexten gerissen, bis er der gewünschten Missdeutung zugänglich ist. Man sollte meinen, solche Praktiken lägen endlich hinter uns.

Doch Markus Meckel, Ratsvorsitzender der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, gab in dankenswerter Schlichtheit die erwünschte Lesart vor: Es handele sich hier um ein „kleines, aber feines Buch, das aufräumt mit der Meinung von DDR-Intellektuellen, der konsequente Antifaschismus sei das Positive an der DDR gewesen.“ Dieses „grundweg falsche Bild“ könne nicht mehr aufrecht erhalten werden, da die Dokumentation belegt, dass der Antisemitismus in der DDR tiefer verwurzelt war als gedacht. Besonders fein ist dann auch das hanebüchene Fazit des Buches: die Ideologie des Antifaschismus

habe die konkrete Auseinandersetzung mit NS-Judenverfolgung und jüdischer Geschichte nicht erlaubt.

Bei allen Unzulänglichkeiten sei darauf verwiesen: Schon in der Nachkriegszeit, als in bundesdeutschen Kinos noch die Förstertochter im Silberwald lief, drehte die DEFA Spielfilme wie *Affaire Blum*, *Ehe im Schatten*, *Sterne und Professor Mamlock*. Der Dokumentarstreifen *Aktion J* von Walter Heynowski lief 1961 im Fernsehen. Fachleute erstellen zur Zeit in Privatinitiative eine Übersicht von in der DDR erschienenen Titeln zu den Themen Judentum, jüdische Geschichte und Holocaust. Bislang unvollständige Recherchen haben 720 Bücher und 65 Dokumentar- und Spielfilme ergeben, darunter die einzige Oscar-Nominierung der DEFA, *Jakob der Lügner* von 1975.

Die Organisatoren vom Zentrum für Antisemitismusforschung hatten bei jener Buchpräsentation einseitiger Geschichtsschreibung durch einen erschütternden Lichtbildervortrag von Marion Neiss vorgebeugt. Dem war zu entnehmen, dass von 1945 bis 1989, im gleichen Zeitraum also, in dem in der DDR die beschämenden 85 Schändungen passierten, in Westdeutschland 1.400 Übergriffe auf jüdische Friedhöfe stattfanden. In vielen Fällen verbunden mit Inschriften, die einen extremen Judenhass erkennen ließen, wie: „6 Millionen sind zu wenig“. Auch seien die Zerstörungen nicht selten mit schwerer Technik begangen worden. So wurde die Grabsteinplatte des ehemaligen Vorsitzenden der Westberliner Gemeinde, Heinz Galinski, gesprengt. Der Präsident des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, der kurz vor seinem Tod beklagte, er habe nichts oder fast nichts bewirkt, wusste, weshalb er nicht in Deutschland begraben werden wollte. Seit der Wende haben hier bereits 650 Schändungen stattgefunden.

In diesem Kontext drängt sich plötzlich ein ganz anderer Schluss auf als der von Meckel intendierte: Wie immer der in der DDR oft undifferenziert praktizierte Antifaschismus zu bewerten ist - seine aufklärerische Substanz war offensichtlich wirksamer als alle westdeutschen Versuche. Wie anders wäre zu erklären, dass antisemitische Einstellungen in Ostdeutschland immer signifikant geringer waren und selbst heute noch nur halb so verbreitet sind wie im Westteil?²

Ein weiterer Grund, weshalb der Antisemitismus, der ja christlichen Ursprungs ist, in Ostdeutschland weniger verwurzelt ist, mag an der dort herrschenden Säkularität liegen. Der religiöse Urstreit über den wahren Messias hat hier die wenigsten wirklich interessiert. Ein gewisses Desinteresse an Trennendem verbindet. Wie ja auch niemanden in-

teressiert hat, dass in Spitzenpositionen der Partei, der Regierung, der Diplomatie, der Justiz, der Medien und Kultur in der DDR immer deutlich mehr Juden waren als in Westdeutschland. Wo sie - ob religiös oder nicht - so gut wie keine Chance hatten. Was aus anderen Gründen offenbar auch niemanden interessierte.

Der westdeutsche Philosemitismus, den Harald Schmid in dieser *Freitag*-Debatte als nachhaltig beschrieb, reichte jedoch nie so weit, juristisch konsequent all die einstigen Verfolger der Juden zur Verantwortung zu ziehen. Mehr als einmal haben israelische Botschafter die „kalte Amnestie“ für NS-Täter beklagt, die nicht nur die zwischenstaatlichen Beziehungen belastete, sondern auch Signale an die eigene Bevölkerung sendete.

Als sich anfangs in Israel begeistert Kibbuzim bildeten, die das Privateigentum radikaler in Frage stellten, als es in allen sozialistischen Ländern geschah, glaubte man in der DDR, dieses Land würde eine Karte im eigenen Blatt werden und vertrat durchaus proisraelische Positionen. Erst als die Führung Israels unverkennbar nichtsozialistische Wege einschlug, entdeckten die Propagandisten der SED den Zionismus als „rassistische Praxis der Bourgeoisie“, die sich in den Dienst des Imperialismus gestellt habe und zur „Tragik der jüdischen Bevölkerung Israels“ geworden sei. Spätestens im Sechstagekrieg 1967 war in den DDR-Medien klar: „Die NATO stand hinter dem Aggressor Israel“, der nun unsensibel, in klassenkämpferischen Klischees wie ein Renegat beschimpft wurde.

Es macht die Sache nicht besser, aber auch nicht schlechter, daran zu erinnern, dass eine scharfe Tonlage gegen Israel und den Zionismus damals kein DDR-Spezifikum war. Bruno Kreisky nannte den Überfall auf den Libanon 1982 einen „ungeheuerlichen Akt der Aggression“, in Vietnam und Angola sprach man genauso von Aggressionskrieg wie in Australien oder in Zypern, dessen Präsident nicht davor zurückschreckte, die Flüchtlingslager mit KZs zu vergleichen. In einer fragwürdigen Resolution hatte die UN-Generalversammlung schon 1975 den Zionismus als Form des Rassismus verurteilt. Das war internationaler Zeitgeist.

Doch was die Welt darf, dürfen Deutsche noch lange nicht. Es war unerträglich, wenn einzelne DDR-Kommentatoren sich nicht entblödeten, das militärische Vorgehen Israels in die Tradition von NS-Verbrechen zu stellen. Es steht Deutschen ein für alle mal nicht zu, die Quelle ihres Schuldgefühls mit Schuld zu beladen, um sich zu entlasten.

Es steht ihnen allerdings auch nicht zu, wie westdeutsche Medien dies taten,

die Juden aus schlechtem Gewissen für ihr „stählernes Soldatentum“ im „Blitzkrieg“ zu loben, in dem sie „wie Rommel“ gerollt seien. Offenbar wehrmachtsähnlich, „schossen sie sich in die Herzen jenes Volkes, in dessen Namen sie einst ausgerottet werden sollten“.

Auch die Behauptung von „Wiedergutmachung“ durch Geld war anmaßend. Wie es problematisch ist, Entschädigungsleistungen als pauschalen Beweis für Philosemitismus zu vereinnahmen. Letztlich hat jede Seite nur für die Opfer im Bereich ihrer politischen Verbündeten bezahlt. Die Summe, die von der kleinen DDR an Reparationen für die Sowjetunion und Polen erbracht wurde, entsprach ziemlich genau der Summe, die die große Bundesrepublik an Israel zahlte. Dass aus dem antifaschistischen Credo der DDR keine gesonderte Verpflichtung gegenüber den Juden in Israel erwuchs, ist genauso bedauerlich, wie der Umstand, dass sich aus dem philosemitischen Credo der Bundesrepublik keine gesonderte Verpflichtung gegenüber der größten jüdischen Opfergruppe, nämlich der osteuropäischen, ergab.

Und auch in der Bundesrepublik gab es Juden, die von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen wurden. Wenn sie sich nämlich nach wie vor als Kommunisten bekannten. Im Westen war der Antikommunismus immer eine verlässlichere Größe als der Philosemitismus. Und im Osten der Kommunismus. Deshalb wurden die jüdischen Überlebenden und ihre Kinder hier auf eine ambivalente, wenig bekannte Art entschädigt, mit Sozialleistungen: Die Verfolgten des Nationalsozialismus bekamen ab 1946 bevorzugt Lebensmittelkarten, sie verfügten über höhere Renten und mehr Urlaub als die übrigen Bürger, sie hatten eigene Urlaubs- und Kurheime und eine bessere medizinische Betreuung, sie wurden bei Wohnungszuweisungen und in ihren Bildungs- und Berufswegen mit Stipendien und Zulassungen vorzugsweise gefördert und bei der Zuteilung von Mangelwaren wie Telefonschlüssen, wenn möglich, bedacht. Unter Honecker waren für sie und jeweils eine Begleitperson alle öffentlichen Verkehrsmittel, einschließlich der Reichsbahn kostenlos. Diese Vergünstigungen wurden ihnen nicht geneidet, jedenfalls mussten vor Synagogen und jüdischen Kultureinrichtungen keine bewaffneten Polizisten stehen. Antisemitismus ist etwas anderes.

Fußnoten:

¹ Monika Schmidt, *Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR*. Berlin 2007;

² Friedrich Ebert Stiftung, *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Berlin 2006

Vierzehn Tage in einer besseren Welt

„Bei uns in Kuba ist es leicht, Revolutionär zu sein, aber wie schwer muss es sein, in einem solchen Land wie Deutschland Revolutionär zu sein, davor habe ich tiefe Hochachtung“.

Mit diesen Worten verabschiedete uns eine Politikprofessorin nach unserem Gespräch in der Universität Matanzas.

Dass es schwer ist, in diesem Land hier revolutionär zu sein, das war uns klar. Deshalb hatten wir ja auch beschlossen, die Kampagne „Sozialismus oder Barbarei“ durchzuführen, die neben unseren Abwehrkämpfen gegen den deutschen Imperialismus wieder mehr in den Vordergrund rückt, dass es eine Alternative zu der uns drohenden Barbarei gibt, nämlich den Sozialismus; dass dieser Sozialismus ganz konkret erlebbar und erfahrbar ist, und nicht nur in grauer Theorie existiert; dass man aus der Beschäftigung mit dem Sozialismus wieder neuen Mut schöpfen kann im Kampf um die aktuell anstehenden Aufgaben, allen voran im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, seinen Kriegskurs und seinen

Kriegsvorbereitungen im Inneren durch den Staatsumbau.

Im Zuge dieser Kampagne hatten wir bereits Veranstaltungen zur Geschichte und Gegenwart Kubas, Veranstaltungen mit kubanischen Genossen und eine Winterschule zur Geschichte der DDR gemacht. Ende Juli reiste nun eine Delegation der FDJ für 2 Wochen nach Kuba, um sich über die Errungenschaften der Revolution zu informieren und über die Gefahr des deutschen Imperialismus aufzuklären.

Wir, das waren 13 Leute aus acht verschiedenen Städten im Alter von 16 bis 31 Jahren, die versuchten, nach intensiver Vorbereitung dem Anspruch der Delegation gerecht zu werden. Eingeladen waren wir vom UJC, dem kommunistischen Jugendverband Kubas, die für uns ein hochkarätiges Programm zusammengestellt hatten.

Neben Gesprächen in Havanna mit der Internationalen Abteilung des UJC, dem Präsidenten der FEU (Federación Estudiantil Universitaria – Studentenverband Kubas), der Internationalen Abteilung der Stadtverwaltung Havannas (deren Vertreter von 1978–1982 in der DDR studiert hatte und dessen Rührung sichtbar war, endlich mal wieder Blauhemden zu sehen) und einer Vertreterin der ZK der PCC (Kommunistische Partei Kubas), waren wir 9 Tage lang zu Gast in der Universität Matanzas, wo wir die gesamte Zeit über von einer Delegation der Studenten betreut wurden. Diese Gruppe, bestehend aus UJC- und FEU-Vertretern der Universität Matanzas hatte sich während ihren Ferien freiwillig gemeldet, um die Zeit mit uns zu verbringen.

Wir waren dort in dem Studentenwohnheim untergebracht, wurden in der Mensa verköstigt und haben auch hier ein abwechslungsreiches Programm von den Genossen präsentiert bekommen:

Ausflug zur Schweinebucht¹, Besichtigung einer Seilfabrik, die früher einem deutschen Kapitalisten gehört hatte²

Vorlesungen in Geschichte und Politik, Filmvorführung, Salsatanzkurs, Ausflug zum Strand, Party zum 26. Juli (Nationalfeiertag, Jahrestag des Angriffes auf die Moncadakaserne), und auch hier viele Gespräche mit Vertretern der Partei, der Provinzleitung des UJC und der FEU.

Wir besichtigten Matanzas und Cárdenas, die Geburtsstadt des damaligen FEU-Vorsitzenden José Antonio Echeverría, der am 13. März 1957 bei einem Angriff auf den Präsidentenpalast des Diktators Batista ums Leben kam.

Schlacht der Ideen und Energierevolution

Cárdenas war aber auch die Geburtsstadt von Elián, dem kleinen Jungen, der 2001 in die Hände der Exilkubaner gefallen war, und um dessen Rückgabe an seinen Vater das kubanische Volk acht Monate lang kämpfen musste. Dieser Kampf war auch der Beginn der Batalla des Ideas (Schlacht der Ideen) für die in Cárdenas ein Museum eingerichtet wurde. In diesem Museum hatten wir dann die Möglichkeit uns intensiv mit der Schlacht der Ideen auseinander zu setzen, die die große Kampagne in Kuba ist.

Diese Kampagne umfasst den Kampf um die Weltöffentlichkeit gegen die Wirtschaftsblockade, die zum Beispiel dazu führt, dass Medikamente auf dem internationalen Markt zum dreifachen des eigentlichen Weltmarktpreises gekauft werden müssen, und den Kampf gegen die Inhaftierung der „cinco heroes“ („fünf Helden“, die sich in die Mafia der Exilkubaner in Miami eingeschleust haben, um terroristische Pläne gegen Kuba aufzudecken, und um den Aufenthaltsort des Terroristen Posada Carrilles³, herauszufinden. Als die kubanische Interessenvertretung in New York die Ergebnisse ihrer Recherche den US-Behörden übergab, reagierten diese aber nicht mit der Festnahme der Terroristen, sondern mit der Festnahme eben dieser Kämpfer gegen den Terrorismus, die nun seit 1998 in US-Gefängnissen sitzen.) [Die Fanfare berichtete darüber in ihrer letzten Ausgabe, *Anmerkung der Redaktion*]

Die Schlacht der Ideen umfasst aber auch den Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen des kubanischen Volkes.



– Das heißt die Verbesserung des Bildungssystems, das eh schon eins der besten auf der Welt ist, durch Maßnahmen wie die Verbreiterung der Universitäten, also einerseits die Eröffnung von Universitätsfilialen und die Erhöhung der Kapazitäten bestehender Universitäten und andererseits die Vereinfachung des Hochschulzugangs (z. B. die Möglichkeit neben dem Beruf abends, oder einen Tag in der Woche zu studieren, u.v.m.)⁴, die Einrichtung von Computerclubs in den Stadtteilen, wo in ihrer Freizeit die Jugendlichen zu Programmierern ausgebildet werden, die Einrichtung von Videoclubs, wo für ganz wenig Geld der Jugend gute Filme mit der anschließenden Möglichkeit zur Diskussion geboten werden, die Ausstattung einer jeden Schule, und sei sie auch noch so klein⁵, mit Computern und Fernsehgeräten, und die Ausstattung einer jeden Familie mit einer sogenannten Familienbibliothek, einer Sammlung von den 30 wichtigsten Werken der Weltliteratur, die auf dünnen Papier ganz billig hergestellt nicht mehr Platz benötigt, als ein kleiner Koffer und für jeden erschwinglich ist.⁶

– Das heißt die massenhafte Einrichtung von Erholungsstätten für die Bevölkerung mit kleinen Bungalows, wo neben dem Swimmingpool, Restaurant und Disko auch hier Video- und Computerclub Bestandteile der Einrichtung sein können.

– Das heißt die Verbesserung des Gesundheitssystems, das neben der Tatsache, dass es vollkommen kostenlos ist, auch die höchste Ärztedichte auf der ganzen Welt aufweist. Dieses System wird dadurch verbessert, dass die modernsten medizinischen Geräte in extrem hoher Anzahl auf dem Weltmarkt eingekauft werden (z.B. Magnetresonanztomographen), sowie durch die Erhöhung der Ausbildungsquote von Ärzten.

Die Schlacht der Ideen umfasst aber auch als einen der wichtigsten Punkte die sogenannte Energierevolution, die Fidel in seiner berühmt gewordenen Rede in der Aula Magna in der Universität Havanna im November 2005 ausgerufen hat.⁷ Dabei geht es darum, das Energiesystem in Kuba vollkommen zu ändern. Zum einen wurden die Kraftwerke dezentralisiert, aus der Energieversorgung durch drei große



Familienbibliothek

Kraftwerke wurde eine Versorgung mit Hunderten großer Generatoren, was einerseits einen kürzeren Stromtransportweg, ein stabileres Stromnetz und dadurch praktisch keine Stromausfälle mehr zur Folge hat, und andererseits die Möglichkeit minimiert, durch einen terroristischen Anschlag oder einen Luftangriff die Stromversorgung des ganzen Landes auszuschalten. Zum Zweiten wurden im großen Rahmen Verträge mit Venezuela abgeschlossen, die es ermöglichen, Öl zu normalen Weltmarktpreisen und nicht wie sonst wegen der Blockade üblich, zu einem Vielfachen dessen, einzukaufen, und somit eine Grundlage zur Bekämpfung der Treibstoffknappheit zu schaffen. Als dritter und wichtigster Bestandteil der Energierevolution wurde ein gigantisches Energiesparprogramm aufgelegt, bei dem unter anderem neun Millionen Glühbirnen durch Energiesparlampen

ersetzt wurden, Millionen von alten Kühlschränken durch neue ersetzt wurden und Millionen von stromsparenden Dampfkochtöpfen und Reiskocher in die Haushalte gebracht wurden. Das alles mit einem Finanzierungssystem, das sowohl für die Einzelhaushalte als auch für den Staat die entstehenden Kosten der Neuanschaffungen durch die eingesparte Energie binnen drei Jahren neutralisiert. Das dann eingesparte Geld kann wiederum in den Aufbau der Industrie, in Bildung und Gesundheit investiert werden.

Die Schlacht der Ideen umfasst aber auch den Versuch, mit den objektiv existierenden Problemen im Land schöpferisch umzugehen. Der Wegbruch von 85% des Außenhandels Anfang der 90er Jahre durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und die dadurch erzwungene Legalisierung des Dollars und die Einführung von kapitalistischen Elementen ins kubanische Wirtschaftssystem hat für das Land dieselben Probleme gebracht, wie wir sie im Kapitalismus nur zu gut kennen: Arbeitslosigkeit, Isolierung des Einzelnen, das Einbrechen des sozialen Gefüges im Kleinen, Kriminalität usw. Wie haben die Kubaner darauf reagiert? Sie haben die arbeitslosen Jugendliche von der Straße geholt, sie in extra neu eröffneten Sozialarbeiteruniversitäten dazu ausgebildet, sich um die Menschen zu kümmern, auf sie zuzugehen, darauf zu achten, dass niemand aus dem sozialen Gefüge fällt, Diskos und Konzerte auf der Straße für die Jugendlichen zu veranstalten usw. Eine ganz wesentliche Aufgabe aber war, die Energierevolution durchzuführen. Die



Sozialarbeiter waren es, die das Austauschen der Glühbirnen und Elektrogeräte übernommen haben. Die Sozialarbeiter waren auch diejenigen, die die Tankstellen besetzt haben, um gegen den Diebstahl von Benzin durch die Tankwarte vorzugehen. Dasselbe haben sie in den Betrieben gemacht. Insofern waren die Sozialarbeiter auch ein ganz wesentlicher Faktor im Kampf gegen die Korruption, der auch Bestandteil der Schlacht der Ideen ist. Man kann sogar sagen, die Sozialarbeiter sind der Motor der Schlacht der Ideen, und das merkt man ihnen auch an, wenn man mit ihnen spricht: Sie sprühen förmlich vor Selbstvertrauen und revolutionärem Kampfgeist. Außerdem ist der Organisationsgrad bei ihnen auch unglaublich hoch: 73% der Sozialarbeiter sind Mitglied im UJC, während es in anderen Beschäftigungsgruppen zwischen 10 und 40% sind.

Die Schlacht der Ideen umfasst aber auch eine neue Qualität des Internationalismus: Die Energierevolution haben die kubanischen Sozialarbeiter nämlich nicht nur in Kuba, sondern in 14 anderen Staaten Lateinamerikas durchgeführt und unterstützt. So wurden beispielsweise in Venezuela 50 Millionen Glühbirnen ausgetauscht. Außerdem gibt es als wichtigen Punkt der Schlacht der Ideen die Operation „Wunder“ (Operación Milagro), bei der mit Hilfe von tausenden kubanischen Ärzten überall in Lateinamerika Men-

schen mit der Augenkrankheit grauer Star kostenlos operiert werden. Nicht zu vergessen die Heerscharen von ausländischen Studenten, die in Kuba kostenlos ausgebildet werden.

Wir waren aber nicht nur dort, um von Kuba zu lernen, sondern auch, um über den deutschen Imperialismus aufzuklären. Zu diesem Zweck führten wir in der Vorbereitung ein Seminar durch, auf dem wir zusammengetragen haben, was wir in Kuba über das Land aus dem wir kommen erzählen wollten. Die Ergebnisse haben wir in einer Extrafanfare veröffentlicht und die wichtigsten Teile davon auf Spanisch übersetzt.⁸ Diese Fanfare hatten wir in einer Auflage von 300 Stück dabei und haben sie bei unseren sehr zahlreichen Gesprächen immer zusätzlich zu unseren Gastgeschenken (Bildcollage, Delegations-T-Shirt, Anstecknadel) übergeben, was immer sehr gute Reaktionen hervorrief. Allgemein gab es ein großes Interesse an den Fakten, die wir über den deutschen Imperialismus zusammengetragen hatten. Denn es ist nicht mehr so, dass die Kubaner als einzigen Feind die USA erkennen, sondern immer häufiger wird auf die EU und Deutschland Bezug genommen.

Insgesamt kann gesagt werden, wir haben verdammt viel gelernt, wir haben gesehen, dass es auch anders geht und dass Fidel recht hatte, als er sagte, „Der Mensch kann doch nicht so blöd sein,



Noelia, unsere Übersetzerin, veranschaulicht für uns die Energierevolution

dass er nur unter dem Joch des Kapitalismus zu Leben imstande ist“. Unseren neu gewonnen Mut und die Kraft gilt es jetzt umzusetzen im Kampf gegen unseren Hauptfeind. Wir werden aber unsere Erfahrungen noch weiterverarbeiten. So planen wir eine Broschüre zur Schlacht der Ideen und wir wollen auch einen Diavortrag über unsere Reise erstellen.⁹

Eines ist auf jeden Fall klar: Sozialismus oder Barbarei, beziehungsweise wie es in Kuba heißt:

¡Socialismo o muerte!

Stefan

Als Ergebnis des ersten Vorbereitungswochenendes entstand eine **Extraausgabe der Fanfare** mit dem Titel „Krieg den deutschen Zuständen“. Gemäß dem Motto „Know your enemy“ enthält sie Faktenmaterial zum deutschen Imperialismus noch und nöcher auf 32 Seiten zum Preis von 1,50 € pro Stück.

Zu beziehen gibt's das bei der Delegationsleitung (CUBA2007@FDJ.DE) oder bei der Redaktion. Aus dem Inhalt:



Imperialismus bedeutet Elend

- Die Situation an den deutschen Schulen
- Analphabetismus in der BRD
- Das deutsche Hochschulsystem
- Das deutsche Gesundheitssystem
- Armut in der BRD
- Reichtum in der BRD
- Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmangel
- Die Situation der Arbeiterjugend
- Die Existenz zweier deutscher Staaten und die Annexion der DDR**
- Die juristische Seite der Annexion

- Folgen der Annexion im kulturellen Bereich der DDR
- Die wirtschaftliche Seite der Annexion
- Auswirkungen der Annexion auf das Bildungswesen der DDR
- Kriegsvorbereitung nach Innen und Außen**
- Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Der Umbau des Staates als Kriegsvorbereitung nach Innen
- Rassistischer Staatsterror und faschistische Übergriffe von 1990 bis 2006
- Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus

Fußnoten:

¹ Wo 1962 die Exilkubaner eine Invasion versucht hatten, aber binnen 68 Stunden überwältigt worden waren und gegen Lebensmittel und Medikamente in Millionenhöhe ausgetauscht wurden.

² der auch Gebietsleiter der NSDAP war

³ Posada Carrilles, ehemaliger Offizier des Venezolanischen Geheimdienstes zeichnet für unzählige Terroranschläge in Cuba verantwortlich unter anderem den Abschuss einer Passagiermaschine in 1962, bei dem mehrere hundert Menschen starben, und gilt nach wie vor als der Hauptdrahtzieher in der exilkubanischen Terroristenszene.

⁴ Diese Verbreiterung der Universität hat dazu geführt, dass im Moment 60% aller 18–24-Jährigen studieren. Da zeigt sich der unterschiedliche Umgang mit der Arbeitslosigkeit: Während in einem der reichsten Länder der Welt die Arbeitslosigkeit dazu benutzt wird um Tarife auszuhebeln und die Lebensbedingungen der Bevölkerung massiv zu verschlechtern, geht ein so armes Land wie Kuba so mit der Arbeitslosigkeit um, dass sie den Leuten die Möglichkeit bietet zu studieren.

⁵ Es gibt in abgelegenen Gegenden Kubas Schulen, die aus einem Lehrer und einem Schüler bestehen.

⁶ Eine in einem Land, wo massive Papierknappheit herrscht, nicht hoch genug einzuschätzende Maßnahme

⁷ Diese Rede ist von der FDJ als Broschüre herausgegeben worden und ist für 1,80 € bei uns erhältlich.

⁸ Diese deutsche Ausgabe der Extrafanfare kann bei uns zum Preis von 1,50€ erworben werden.

⁹ Wer eine Veranstaltung mit den Delegierten und ihrem Diavortrag ausrichten möchte, kann sich einfach beim Zentralrat melden. Wir kommen gerne.



Anstelle einer Gegendarstellung zum Beitrag in der letzten Ausgabe der Fanfare:

„Eine Demokratie, die eine NPD aushält, ist nicht auszuhalten“

Es gab Ärger und Kritik und dann auch noch berechtigterweise!

Zum einen ist die Forderung nach der Auflösung der NPD aufgrund des Potsdamer Abkommens weitaus konsequenter, ja geschichtsbewusster, als „nur“ ein Verbot zu fordern. Denn des Prozesses eines Verbotsverfahrens bedarf es gar nicht: jederzeit kann und müsste die NPD aufgelöst sein, da das Potsdamer Abkommen weiterhin rechtskräftiges Dokument ist, das sowieso über dem Grundgesetz steht. Die Forderung nach einem Verbot würde sogar implizieren, dass das Objekt NPD auch in „nichtverbotsbedürftiger Version“ existieren könne. Verbotsverfahren und Auflösung nach Potsdamer Abkommen, das hört sich an wie „Alternativen“

und doch ist die Forderung nach „nur“ einem Verbot eigentlich schon ein Einknicken vor dem permanenten Bruch des Potsdamer Abkommens, eine der Geburtskrankheiten der Krankheit BRD.

Das alles muss schon so bemerkt sein, tangiert aber natürlich nicht die Werbung für bzw. die Unterstützung der VVN-Kampagne.

Zum anderen macht mein Artikel in seiner Beurteilung der NPD keinen Unterschied zwischen annektierter DDR und BRD. Denn obwohl die NPD im Osten sehr wohl wichtigster Faktor des organisierten deutschen Faschismus ist, übernimmt im Westen und gerade im Süd-Westen diese Aufgabe immer noch der Sumpf aus CSU/CDU/FDP-Rechtslager. Überhaupt ist die dummdreiste NPD dort den Herrschenden keine nennenswerte Stütze. Der tragende Hauptpfeiler der Verhältnisse sind im Westen SPD/Gewerkschaftsbunzen, sprich die Arbeiteraristokratie. Das alles hätte in den Artikel gemusst, schade, zeigt jedoch: Artikel schreiben heißt dazu lernen.

Ringo

Vive la Résistance!

Zeltlager in Frankreich
August 2007

Punkt unseres Programms war die Gedenkkundgebung am Grab von Joseph Wertheim in dem kleinen Dorf Lafage. Joseph Wertheim war ein junger Deutscher aus Mannheim, der sich in Frankreich der Résistance anschloss und an der Seite von Pierre Pranchère kämpfte.

Die Vorgeschichte

Der Résistancekämpfer Pierre Pranchère, der bei der Aktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ als französischer Veteran teilnahm, lud uns als Jugendunterstützer der Aktion und alle antifaschistischen Jugendlichen aus der BRD und der annektierten DDR in seine Heimatstadt Tulle ein.

Wer wir waren

Mitgefahren sind 30 junge Menschen aus Gotha, Erfurt, Bremen, Nürnberg und anderen Städten, die meisten Schüler und Auszubildende.

Wo wir waren

Tulle liegt mitten in Frankreich, in der Corrèze, einer Gegend, in der die Résistance sehr stark war. Überall ist dort die Erinnerung an die Widerstandskämpfer präsent, aber auch an die Verbrechen der Deutschen, vor allem der SS-Division „Das Reich“.

Was wir erlebten

Schon am Anfang unseres Aufenthalts in Tulle wurden wir offiziell und feierlich begrüßt vom zweiten Bürgermeister der Stadt. Wir sahen den Ort des Verbrechens vom Juni 1944, als die SS



99 Männer aus der Zivilbevölkerung erhängte. Und wir erfuhren viel über die aktuelle Lage in Frankreich.

Oft und viel konnten wir mit den ehemaligen Résistancekämpfern sprechen, über die Bedingungen ihres Kampfes, ihre Beweggründe und ihre Ansichten über die heutigen Ereignisse. Sie waren sehr schockiert zu hören, dass in der BRD und der annektierten DDR heute Faschisten auf den Straßen und im Parlament geduldet werden.

Ein zentraler und sehr bewegender

Er starb mit 21 Jahren.

Wir legten an seinem Grab eine Tonschale nieder mit der Inschrift „von Jugendlichen aus Deutschland“, auf die jeder von uns einen selbst angefertigten kleinen Gedenkstein legte, und wir sangen das französische Partisanenlied „Ami entends-tu“.

Zu diesem Anlass waren viele ehemalige Résistancekämpfer gekommen, die Joseph persönlich gekannt hatten, auch seine Großnichte aus Mannheim sowie zahlreiche offizielle Vertreter, auch der EU-Abgeordnete der Region.

In unserer Rede gedachten wir neben Joseph Wertheim auch der anderen gefallenen Résistancekämpfer, wir erzählten von der Situation in der BRD und der annektierten DDR heute, und wir zitierten aus der Erklärung des Jugendkongresses „Notstand der Republik“.

Wir besuchten die Gedenkstätte in Oradour sur Glane, der kleinen Stadt, die von der SS nur einen Tag nach dem Verbrechen von Tulle komplett ausgelöscht wurde. Dabei ermordete die SS brutal 642 Menschen, darunter mehr als 200 Kinder. Wir konnten mit einem Zeitzeugen sprechen, der das Massaker



überlebte, weil er an diesem Tag nicht in der Schule in Oradour war. Es war ein erschütternder Besuch, wir verspürten Trauer, Unverständnis und Wut, aber dadurch auch die Bestätigung, unseren Kampf in Deutschland weiterzuführen. Ein besonderer Umstand war, dass genau am Tag unseres Besuchs die Meldung vom Tod des Kriegsverbrechers Heinz Barth in der Zeitung stand. Barth war als SS-Mann beteiligt am Massaker von Oradour, wurde in den 80er Jahren in der DDR inhaftiert und in der BRD 1997 wieder freigelassen.

Wir haben uns „unseren“ Staat, in dem solche Kriegsverbrecher frei herumlaufen können, genauer angeschaut. An zwei Thementagen befassten wir uns mit dem Notstand der Republik und mit der EU-Verfassung.

Und außerdem ...

... konnten wir jeden Abend ein anderes Land kennen lernen, sowohl kulinarisch als auch informativ, im wunderschönen See baden, Volleyball spielen, zusammen singen, die Gegend erforschen, eine abenteuerliche Wanderung zu beeindruckenden Wasserfällen machen, uns die Produktion von Wein und Käse anschauen, das „wahrscheinlich schönste Dorf Frankreichs“ besuchen, ...

Es hat uns allen sehr gut gefallen, wir haben viel gelernt. Es gibt die Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen, und die Frage, ob es sich gelohnt hat, möchte ich beantworten mit einem klaren: OUI, bien sûr!

Brigitte

Werbung:

Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER Ein Volksmärchen

Bestellung und Kontakt:

Aktionsbüro „Himmlische Vier“
aktionsbuero@himmlischevier.de
www.HimmlischeVier.de



Die DVD
erschienen Dezember 2006
Jewelcase, 45 Minuten 12,-€



Das Buch
erschienen Februar 2007
Hardcover mit DVD 30€ - Paperback 20€

Enthält: Die Reden der Himmlischen Vier und aller anderen • 50 Seiten Bilder • Die Chronik der juristischen Auseinandersetzung.



